

menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



Ägypten:
Islamistische Hetze und
Gewalt gegen Christen



Nordirak:
Ärzteehepaar Klopft auf
Einsatz im Shingal

Die Rohingya –
Opfer von Massen-
mord und Vertreibung



人

而



**MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN
GEHÖREN IN CHINA ZUM ALLTAG**

WIE SIE HELFEN KÖNNEN, ERFAHREN SIE UNTER WWW.IGFM.DE

Liebe Leserinnen und Leser,

Die mit Abstand größte muslimische Organisation in Deutschland ist Ditib. Dieser von Ankara aus gesteuerte Zusammenschluss von türkischen Moscheegemeinden ist in ganz Deutschland vertreten und entwickelt sich zu einer Belastung. Ditib will in deutschen Schulen Islamunterricht organisieren, islamische Feiertage durchsetzen sowie politisch wirken. Die staatliche, türkische Organisation beschäftigt Imame und andere Mitarbeiter, die in der Türkei ausgebildet wurden und von dort finanziert werden.

Ditib ist seit langer Zeit eine laute Stimme, wenn es um politische und religiöse Interessen geht. Lange Zeit galt die Organisation als verhältnismäßig seriös und im öffentlichen Raum als Gesprächs- und Projektpartner akzeptabel. Dann wurde bekannt, dass sie sich in Deutschland propagandistisch für die extremen Ziele der AKP einsetzt – vom Referendum über das Präsidialsystem, der Verfolgung von sogenannten Gülenisten bis hin zu einem geplanten Referendum über die Einführung der Todesstrafe. Schlimmer noch: Ditib-Imame sind verwickelt in die geheimdienstliche Bespitzelung von Türken, Kurden und türkischstämmigen Deutschen hierzulande.

Als liberale Muslime zum Protest gegen islamistischen Terror zu einer Kundgebung in Köln am 17. Juni aufriefen, waren es an erster Stelle Ditib und der sogenannte Islamrat, die sich dieser Initiative verweigerten. Die Ditib-Verantwortlichen in Deutschland vertreten die Auffassung, dass sie sich bereits ausreichend vom Terror distanzieren hätten. Von ihrer Seite sei eine Unterstützung von Protesten gegen Gewalt und für die Freiheit überflüssig.

Auch der sogenannte Islamrat, ein zum Zentralrat in Konkurrenz stehender Dachverband des politischen Islams in Deutschland sowie arrivierter Teilnehmer an den Treffen der vom Bundesinnenministerium betriebenen Islamkonferenz, will nicht gemeinsam mit liberalen Muslimen gegen Gewalt und Terror von Islamisten demonstrieren. Dieser Verband, der sich u.a. gegen die Teilnahme von muslimischen Mädchen am Schwimmunterricht ausspricht, wurde von der antiisraelischen und islamistischen Organisation Milli Görüş initiiert, die sich den gewaltbereiten Muslimbrüdern in Ägypten und der Terrororganisation Hamas in Gaza verbunden fühlt und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Milli Görüş ist mit

seinen Zweigorganisationen bis heute die bestimmende Kraft des Islamrats.

Dennoch: Religiös motivierter Terror, Massenmord und weitere extreme Menschenrechtsverletzungen sind kein negatives Privileg des Islam. Beispiele dafür waren in der jüngeren Vergangenheit der Völkermord von Srebrenica 1995 an 8.000 männlichen bosnischen Muslimen, verübt von serbisch-orthodoxen Christen während des Balkankriegs oder die Bombardierung der muslimischen Zivilbevölkerung in Tschetschenien, die im zweiten Tschetschenienkrieg durch Russland erfolgte. In beiden Tschetschenien-Kriegen starben 160.000 Menschen. Über 75.000 davon waren muslimische Zivilisten, 14.000 muslimische Militärs. In Indien verfolgen Hinduextremisten bis heute mit äußerster Brutalität Andersgläubige. Die Opfer sind Christen, Buddhisten, Muslime und Sikhs. Brandanschläge auf Moscheen, Sikh-Tempel oder christliche Dörfer fordern Menschenleben. Anti-Konversionsgesetze sollen es Hindus verbieten, ihre Religion zu verlassen und einen anderen Glauben zu praktizieren.

Hierzulande sind es im Jahr 2017 muslimische Fundamentalisten, die die Freiheitsrechte missachten. Ditib und Islamrat präsentieren sich dabei als Zuschauer und wollen nicht für die elementaren Menschenrechte eintreten.

Mit Blick auf die Islam-Verbände formuliert treffend der muslimische Psychologe und Buchautor („Generation Allah“) Ahmad Mansour: „Ich finde es verdächtig, dass Vereine, die seit Jahren sagen, Terror hat nichts mit Religion zu tun, heute sagen, gebt uns Geld, wir machen Deradikalisierung.“ Hier seien Qualitätskontrollen nötig. Der islamische Prediger-„Mainstream“ sei zu stark von „Angstpädagogik und Buchstabenglaube“ geprägt. „Wir haben Universitäten, die hoch problematische Theologie betreiben“, warnt Mansour.

Das sollte uns hellhörig machen und zum Handeln auffordern!



Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM.

Inhalt ▶



Can Dündar über den Verlust der Meinungsfreiheit in der Türkei.

aktuell ▶

3 EDITORIAL

4 INHALT - IMPRESSUM

5 RECHSSTAATLICHKEIT

Kulturbonus - nein Danke!

6 TÜRKEI

*Der totale Erdogan Staat
- Eintreten für Meinungsfreiheit*

7 NIGERIA

Die Bürgerkriegsgefahr wächst

8 VR CHINA

Die Welt schaut beim Organraub zu

Impressum

Herausgeber und Verlag: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V., vertreten durch Martin Lessenthin, Sprecher des Vorstands
Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main.
Tel: 069-42 01 08-0, Fax: 069-42 01 08-33, eMail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de
Kto.-Nr. 23 000 733, Taunus Sparkasse, BLZ 512 500 00.

Sektion Österreich: Hackhofergasse 1, 1190 Wien, office@igfm.at, Tel: 0043-6991 943 9920
Kto.-Nr. 7 800 100, Österr. Postsparkasse, BLZ 60 000.

Sektion Schweiz: Birkenweg 1, CH-2560 Nidau, Tel: 0041-32-33 17 567, Fax: 0041-32-33 15 781, eMail: schlegel.cats@bluewin.ch
Kto.-Nr 0558-675564-01, Credit Suisse.

Redaktion: Martin Lessenthin (Chefredakteur), Max Klingberg.

Layout: Ulrike Lessenthin, Beatrice Hornung (Titel).

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Dr. Emmanuel Ogbunwezeh, Dr. Benedikt Vallendar, Eva Maria Weber, Linda Fiene, Maya Robinson, Dr. Carmen Krusch-Grün, Carolin Benischek, Marvin Müller.

Anzeigen: Anne Schäfer.

Erscheinungshinweise: Viermal jährlich, Bezugspreis: In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich Einzelnummer 2,50 EUR, Jahresabonnement von vier Ausgaben 13,30 EUR; in der Schweiz 5 sFr und 30 sFr für ein Jahresabonnement.

Druck: Johnen Druck, Bernkastel-Kues.

Titelfoto: dpa, Fotos: sofern nicht anders gekennzeichnet, IGFM.

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, dass unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfasseramen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.



Boko Haram propagiert den Terror als „Befreiung der Muslime“.

aktuell ▶

10 IRAN

Hinrichtung Minderjähriger

12 ÄGYPTEN

Hetze gegen Christen

15 AFRIKA

*Der Terrorismus von Boko Haram
und Al Shabaab*

17 Tödlicher Aberglaube

18 FOLTER

Gefängnisse: Brutstätte für Extremisten

20 MYANMAR

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

23 VENEZUELA

Von Weimar nach Caracas



Ärzteehepaar Klopff auf Einsatz im Nordirak.

IGFM ▶

22 AG FREIBURG:

*Vortrag in der Universität über
Gewissens- und Religionsfreiheit*

25 RELIGIONSFREIHEIT:

Wie viele Christen werden verfolgt?

27 MEINUNG:

*Das Politbüro kennt keine
Menschlichkeit*

28 HILFE VOR ORT:

Arzteinsatz im Nordirak

30 BÜCHER:

*Ein Syrer über seine neue Heimat
Verzerrte Sichtweisen - Syrer bei uns*

„Kulturbonus“ vor Gericht? - nein Danke!

Das milde Urteil des Cottbusser Landgerichts im Falle eines bestialischen Mordes an einer 27-jährigen Mutter von fünf Kindern hat bundesweit Aufsehen erregt. Dient es dem Recht, wenn strafmildernd ein „Kulturbonus“ gewährt wird? Wird es den Opfern gerecht? Kann ein solches Urteil gesellschaftsverbindend wirken? Ich meine, das kann es nicht!

Der sogenannte „Kulturbonus“ oder „Kulturrabatt“ bezeichnet den Fall, dass ein Straftäter trotz eines Verbrechens nicht die Strafe erhält, die der Tat angemessen ist. Strafmildernd wird zum Beispiel berücksichtigt, dass ein radikal-religiöser Hintergrund besteht oder archaische Vorstellungen von „Ehre“ über dem Wert eines Menschenlebens stehen.

Jüngstes Beispiel ist das Urteil des Landgerichts in Cottbus: Rashid D., ein Mann mit tschetschenischen Wurzeln, tötete seine Frau mit mehreren Messerstichen und einem absichtlich herbeigeführten Sturz aus dem Fenster. Zusätzlich schnitt er ihr noch die Kehle durch. Der Mann war der Ansicht, seine Frau betrüge ihn, und rechtfertigte die Bluttat mit dem Koran, dessen Regelsystem dies angeblich erlaube. Der Vorsitzende Richter erklärte, die Kammer habe Zweifel gehabt, ob der Angeklagte die „Niedrigkeit seiner Beweggründe“ habe erkennen können. Rashid D. hatte erklärt, wenn eine Frau fremdgehe, habe „der Mann das Recht sie zu töten“. Das Landgericht entschied, den Mann nur zu 13 Jahren Haft wegen Totschlags zu verurteilen. Für Rashid D. besteht so die Möglichkeit zur vorzeitigen Entlassung.

Ein ähnliches Urteil fiel auch im Fall Isa S. in Wiesbaden, der 2013 seine von ihm schwangere Freundin tötete, weil sie nicht abtreiben wollte. Die Staatsanwaltschaft plädierte auf lebenslänglich. Isa S. wurde aber ebenfalls nur zu 13 Jahren verurteilt, mit

einer Chance auf frühzeitige Entlassung. Begründet wurde das Urteil damit, dass Isa S. zum Zeitpunkt der Tat in seinem Charakter noch ungefestigt gewesen sei und sich aufgrund seiner muslimischen Herkunft in einer Zwangslage befunden hätte.

Die damit einhergehende Möglichkeit, das Jugendstrafrecht bewusst auszunutzen beziehungsweise sich auf dessen Anwendung fast schon verlassen zu können, verwässert alles, wozu die strafrechtlichen Regelungen jemals getroffen wurden und stellt deren glaubhafte Durchsetzung massiv infrage. Dies zeigt auch der Mord an Hatun Sürücü, die 2005 von ihrem damals 18-jährigen Bruder erschossen wurde. Die Familie lehnte den westlichen Lebensstil von Hatun Sürücü ab. Sie hatte sich von ihrem Ehemann getrennt und zog den gemeinsamen Sohn alleine groß. Der Täter wurde nach Jugendstrafrecht zu neun Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Für die beiden älteren Brüder forderte der Staatsanwalt zwei Mal



Die Gleichbehandlung von Straftätern vor Gericht - unabhängig ihrer Herkunft - ist unverzichtbar.

lebenslänglich wegen gemeinschaftlichen Mordes. Wegen fehlender Beweise wurden sie jedoch freigesprochen. Die gerichtliche Entscheidung verkennt dabei die Kalkulierbarkeit, das jüngste Familienmitglied die Tat begehen zu lassen, da diesem das geringste Strafmaß droht.

Ein vor Gericht gewährter „Kulturbonus“ ist eine spezielle Art von Rassismus, der aus den Tätern Opfer von Religion und Tradition macht. So zum Beispiel auch bei der Abweisung eines Scheidungsantrags einer aus Marokko stammenden Deutschen, die von ihrem Ehemann bedroht und geschlagen wurde. Die zuständige Richterin des Amtsgerichts in Frankfurt hatte den Antrag auf vorzeitige Scheidung abgelehnt, da die von ihrem Ehemann misshandelte 26-jährige Antragstellerin bei der Eheschließung hätte angeblich wissen müssen, dass die Ausübung des „Züchtigungsrechts“ des Mannes für den islamischen Kulturkreis üblich sei. Dementsprechend sollte sie das Trennungsjahr abwarten. Nach heftigen Protesten – auch der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte – und einem Befangenheitsantrag wurde die Richterin von diesem Fall abgezogen.

„Gleiches Recht für alle“, dieser Grundsatz muss für jedes deutsche Gericht Gültigkeit haben! Wo denn sonst? Die herablassende Art, mit der in jüngster Zeit einige Gerichte andere Religionen und Volksgruppen als „integrationsunfähig“ und „weniger schuldfähig“ behandeln, läuft dem Gleichheitsgrundsatz zuwider und ist unerträglich. Sie kommt einer Aufgabe des Rechtsstaats gleich. Die islamischen Verbände sind dazu aufgerufen, jede Art von „Kulturbonus“ abzulehnen, denn ein solcher „Rabatt vor Gericht“ ist nichts anderes als eine spezielle Art von Rassismus, ausgrenzend und integrationshemmend.

Martin Lessenthin

Der „totale Erdogan-Staat“ geht uns alle an! In der Türkei gibt es keine Meinungs- und Pressefreiheit mehr

Zum internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai wendete sich die IGFM gegen Desinteresse, Gewöhnung und Fatalismus gegenüber der „Diktatur auf türkischem Boden“. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin erklärte: „Wir dürfen uns an die Journalistenverfolgung in der Türkei nicht gewöhnen. In einem Land, das uns so nahe steht, wird die Freiheit von Millionen Menschen erdrosselt. Ist ihre Freiheit weniger wert als unsere? Der ‚totale Erdogan-Staat‘ geht uns alle an!“

Can Dündar, der langjährige Chefredakteur der „Cumhuriyet“ – der bedeutendsten demokratischen Zeitung in der Türkei – rief zu mehr Zusammenarbeit und Mut auf. Gegenüber der IGFM appellierte er: „Als Journalist kann ich Ihnen sagen, dass wir mutige Journalisten und Menschenrechtler brauchen, die sich gegenseitig unterstützen, um die Angriffe auf Freiheit und Menschenrechte zu überwinden. Deswegen sollten wir noch viel mutiger sein, noch

viel stärker auf einander zugehen, zusammenarbeiten und uns gegenseitig helfen“.

Dündar hatte über geheime Waffenlieferungen der Regierung Erdogan an islamistische Milizen in Syrien berichtet. Die türkische Regierung bestritt nie die Richtigkeit des Berichtes, sie warf dem Journalisten aber „Geheimnisverrat“ vor und verhaftete ihn. Er war zunächst drei Monate in Einzelhaft, überlebte ein Attentat und wurde schließlich zu fünf Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Er lebt gegenwärtig im Exil in Berlin.

Der größte Gegner jeder Diktatur sind Presse- und Informationsfreiheit. Deshalb ist Erdogans prominentestes Opfer die Pressefreiheit. Unabhängige Journalisten bekommen das am eigenen Leib zu spüren: „In einem Land wie der Türkei weiß man als erfahrener Journalist, welche Berichte das eigene Leben in Gefahr bringen können, welche Sätze man nicht in seinen Artikeln verwenden sollte und welche Wörter und Sätze man nicht sagen sollte“, erläutert Can Dündar.

Trotz Entlassungen, Verhaftungen, Misshandlungen und willkürlicher Gefängnisstrafen gibt es nach wie vor türkische Journalisten, die den Mut aufbringen, über Menschenrechtsverletzungen und Rechtsbrüche der Regierung zu berichten. Dieser Mut könne nicht hoch genug gewürdigt werden, so die IGFM: „Wer in der Freiheit dazu schweigt, fällt ihnen in den Rücken“.

„Die Türkei ist eine Diktatur geworden“

Seit dem Putschversuch vom 15. Juli sind rund 100.000 Menschen aus dem öffentlichen Dienst entlassen und über 100.000 Menschen verhaftet worden. Über 40.000 davon werden nach wie vor gefangen gehalten, oft ohne Anklage, ohne Akteneinsicht und ohne irgendeine Möglichkeit zur Verteidigung. 28 Fernsehsender, fünf Nachrichtenagenturen, 66 Zeitungen, 19 Zeitschriften, 36 Radiosender und 26 Verlage wurden von der Regierung Erdogan geschlossen. Rechtstaatlichkeit existiert in der Türkei nicht mehr. Die Türkei ist eine Diktatur geworden.



Thema Meinungsfreiheit - Pressekonferenz während der IGFM-Jahrestagung 2017 in Bonn. Von links: Michael Gahler, MdEP; Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen (Deutschland); Martin Lessenthin, Sprecher des Vorstandes der IGFM; Can Dündar, türkischer Journalist und ehemaliger Chefredakteur der Zeitung "Cumhuriyet".

Die Bürgerkriegsgefahr wächst

Unabhängigkeitsbestrebungen verschärfen den ethnisch-religiösen Konflikt Boko Haram versetzt Nordnigeria weiterhin in Angst und Schrecken

Nach Jahren zunehmender ethnischer Spannungen scheint die Situation in Nigeria einen tragischen Höhepunkt zu erreichen. Am 6. Juni haben mehrere im Norden des Landes ansässige muslimische Gruppen eine Erklärung veröffentlicht, in der sie der christlichen Volksgruppe der Igbo „Krieg“ androhen. Die christlichen Igbo sind eine der drei größten Ethnien im Vielvölkerstaat Nigeria.

Die sogenannte „Kaduna-Erklärung“, die nach einem Bundesstaat und seiner Hauptstadt im Norden des Landes benannt ist, gibt den im Norden ansässigen Igbo drei Monate Zeit, die Region zu verlassen. Gleichzeitig werden Angehörige der Volksgruppen aus dem Norden aufgefordert, die Heimatregion der Igbo im Südosten Nigerias zu verlassen.

Darüber hinaus kündigt die Erklärung an, ab dem 1. Oktober – Nigerias Unabhängigkeitstag – werde es „sichtbare Maßnahmen“ geben, um zu zeigen, dass die Igbo nicht länger als Teil des Bundesstaats Nigeria betrachtet werden. Nach Angaben der Unterzeichner ist die Erklärung eine Reaktion auf die Bestrebung einiger Igbo, die Unabhängigkeitsbemühungen ihrer Region wiederzubeleben. Zu den Unterzeichnern gehören die Gruppen Arewa Citizens Action for Change, Arewa Youth Development Foundation, Arewa Students Forum und Northern Emancipation Network.

Bereits 1967 hatte sich der Südosten des Landes unter dem Namen Biafra von Nigeria losgesagt und wurde in einem zweieinhalb Jahre andauernden brutalen Bürgerkrieg gewaltsam zurückerobert.



Die islamistische Terrorarmee „Boko Haram“ sorgt in Nigeria noch immer für Angst und Schrecken.

„Diese Erklärung, mit den enthaltenen Gewaltandrohungen, bereitet den Weg für eine Wiederholung des nigerianischen Bürgerkriegs der späten Sechziger Jahre“ erklärt Dr. Emmanuel Ogunwezeh, Afrika-Referent der IGMF.

Er nennt die Sezessionsbestrebungen der Igbo eine Reaktion auf die Untätigkeit der nigerianischen Bundesregierung in Bezug auf Belange der Igbo – etwa den blutigen Feldzug von Boko Haram gegen Christen, oder die Gewalttaten von Fulani-Nomaden

gegen die sesshafte Bevölkerung im Süden.

„Der Biafra-Krieg war ein einschneidendes Ereignis für die damals junge Nation Nigeria. Ein Trauma von dem sich die Nation bis heute nicht wirklich erholt hat“, so Ogunwezeh weiter. Die nigerianische Bundesregierung müsse die strukturellen Ungerechtigkeiten beseitigen, unter denen nicht nur die Igbo leiden, „denn sonst gibt es über kurz oder lang einen Bürgerkrieg – und diesmal wird Nigeria als Nation nicht überleben.“

„Die Welt schaut bei Organraub zu!“

Jährlich zehntausende Transplantationen in China mit unklarer Organherkunft – chinesische Regierung verweigert Transparenz

Der Handel mit illegalen Spenderorganen kostet in China wahrscheinlich zehntausenden Menschen jährlich das Leben. Nach allem was heute bekannt ist, muss angenommen werden, dass in der Volksrepublik neben zum Tode verurteilten Straftätern insbesondere Gefangene aus Gewissensgründen in großer Anzahl getötet werden, nur um ihre Organe verkaufen zu können.

Die Opfer sind vermutlich in Arbeitslagern und Gefängnissen gefangen gehaltene Uiguren, Tibeter, Mitglieder von christlichen Hauskirchen, aber in erster Linie Anhänger der Meditationschule Falun Gong, erklärt Hubert Körper, Vorstandsmitglied und China-Experte der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Die IGFM fordert daher zum sofortigen Handeln auf – diese ungeheuren Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssten sofort gestoppt werden.

Hubert Körper erläutert, dass dieser staatlich sanktionierte Organraub in China zum einen durch Machtgier und Profitdenken, zum anderen aber nur durch den eklatanten Mangel an Organspendern möglich sei. Die Nachfrage verzweifelter und kaufkräftiger Patienten habe in China die dortigen „Abgründe der Transplantationsmedizin“ erst möglich gemacht. Deshalb kann jeder, der - auch in Deutschland - Organspender wird, dadurch nicht nur das Leben kranker Menschen retten – sondern womöglich auch das Leben von Gewissensgefangenen, die wegen ihrer Organe in der Volksrepublik China getötet werden“.

Die chinesische Regierung hat nach Angaben der IGFM über Jahre lediglich Versprechen und Absichtserklärungen geliefert. Sehr viele Indizien

sprechen aber nach wie vor für schwerste Missstände. Gleichzeitig verweigern die chinesischen Behörden jede Transparenz, so dass befürchtet werden müsse, dass politische Gefangene weiterhin in großem Ausmaß „auf Bestellung“ getötet würden.

Die Volksrepublik China ist nach den USA weltweit das Land mit den meisten Organtransplantationen pro Jahr. Die „Wartezeiten auf Spenderorgane sind grotesk kurz“, erklärt Körper wei-

ter. Die bisherigen Erklärungsversuche chinesischer Stellen über die Herkunft der Organe sind völlig unplausibel. Es besteht in China kulturell bedingt eine Aversion gegen Organspenden und daher gibt es kaum freiwillige Spender. Zudem fehlt ein effektives Datenbank- und Verteilsystem wie es z. B. in Europa existiert. Bei behaupteten Reformen in der Transplantationsregulierung verweigerten die chinesischen Stellen nach wie vor Informationen und jede Überprüfung, so die IGFM.



Woher stammen die Spenderorgane, die in der VR China transplantiert werden?

Hintergrund: Organraub und „Tötung auf Bestellung“

Die Volksrepublik China unterhält das größte Zwangsarbeitslagersystem der Welt. Aussagen von überlebenden ehemaligen Gefangenen machen deutlich, woher mit großer Wahrscheinlichkeit jedes Jahr tausende „Spender“-Organe stammen: Zahlreiche Indizien sprechen dafür, dass insbesondere willkürlich in Zwangsarbeitslagern inhaftierte Anhänger der buddhistischen Meditationsschule Falun Gong, Angehörige von Minderheiten und andere politische Gefangene gezielt getötet werden. Nicht weil diese Gefangenen ein Verbrechen begangen hätten, sondern ausschließlich, weil sich ihre Organe gewinnbringend verkaufen lassen.

Repräsentantenhaus und EP fordern Untersuchung

Erst am 13. Juni 2016 verurteilte das US-Repräsentantenhaus in einer Resolution die Praxis der staatlich unterstützten, erzwungenen Organentnahme und die Verfolgung der Meditationsschule Falun Gong in China. Gleichzeitig forderten die US-Abgeordneten Transparenz und eine unabhängige Untersuchung des Transplantationsmissbrauchs in der Volksrepublik.

Zuvor hatte bereits das Europäische Parlament am 12. Dezember 2013 in einer wegweisenden Entschließung die Transplantationspraxis in China verurteilt und die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, „sich des Themas der Organentnahmen in China anzunehmen“ und empfahlen, „den Missbrauch bei Organtransplantationen in China öffentlich zu verurteilen“.

Forderungen der IGFM

Die IGFM fordert aus diesem Grund ein rasches Handeln der internationalen Staatengemeinschaft. Notwendig sei eine internationale Untersuchungskommission, um die Herkunft zehntausender Spenderorgane und die mutmaßliche Ermordung tausender politischer Gefangener zu klären.



Aktion der IGFM gegen Organraub. „Zeitungsbeilage“ informiert über fragwürdige Praktiken in der chinesischen Transplantationsmedizin.

Außerdem fordert die IGFM die Beendigung der Zusammenarbeit von deutschen mit chinesischen Forschungs- und Transplantationszentren, insbesondere die Ausbildung chinesischer Transplanteure in Deutschland. Westliche Pharmaunternehmen dürften keine Immunsuppressiva mehr nach China liefern, ohne die Sicherheit zu haben,

dass die in der VR China transplantierten Organe ausschließlich von freiwilligen Spendern stammen. Darüber hinaus darf es keine Kostenübernahme durch deutsche und europäische Krankenversicherungen für Kosten im Zusammenhang mit Transplantationen in der Volksrepublik China geben. Ebenso wichtig seien gesetzliche Regelungen, die verhindern, dass deutsche und europäische Patienten am „Transplantationstourismus“ in der Volksrepublik China teilnehmen.



Dieses Flugblatt zum Thema Organraub kann bei der IGFM kostenlos bestellt werden.

Vom Deutschen Bundestag und der deutschen Bundesregierung erwartet die IGFM eine klare und unmissverständliche öffentliche Verurteilung dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es sei eine Frage der Würde und des Mutes angesichts solcher Menschenrechtsverbrechen nicht mehr länger zu schweigen.

Von den chinesischen Behörden und Institutionen fordert die IGFM Transparenz und vor allem den Nachweis eines auf Freiwilligkeit basierenden Organspende-Systems inklusive einer landesweiten Datenbank. Vorbild dafür kann die europäische Lösung „Eurotransplant“ sein.

Strafmündigkeit und Hinrichtungen Minderjähriger

von Nasrin Sotoudeh, Rechtsanwältin und IGFM-Kuratoriumsmitglied, Iran

Im Iran, dem Land, in dem ich als Rechtsanwältin tätig bin, werden leider sehr viele Menschen hingerichtet. Bedauerlich ist außerdem die Tatsache, dass manchmal Personen hingerichtet werden, die zum Zeitpunkt des Verbrechens unter 18 Jahre alt waren.

Die meisten von ihnen werden wegen Totschlags hingerichtet, der aus dem Affekt heraus während einer Auseinandersetzung auf der Straße begangen wurde. In den meisten Fällen spielen jugendliche Beweggründe eine Rolle. Dazu gehören zum Beispiel leichte Reizbarkeit, jugendlicher Stolz oder auch sexuelle Triebe.

Gemäß den Gesetzen, die nach der Islamischen Revolution im Iran beschlossen wurden, können Mädchen ab neun und Jungen ab 15 Jahren zum Tode verurteilt und hingerichtet werden. Bis vor kurzem konnten nur die Eltern des Geschädigten – selbst ein Richter – nicht das Todesurteil gegen einen Jugendlichen abmildern. Somit befinden sich die Eltern des Geschädigten in einer Situation, die eine Entscheidung äußerst schwierig macht.

Gegen dieses Gesetz wird seit fast 40 Jahren von Rechtsanwälten, Menschen- und Kinderrechtsaktivisten protestiert. Ihr Engagement führte schließlich 2013 zu einem neuen islamischen Strafgesetz. Auch wenn in diesem Gesetz das Strafmündigkeitsalter bei Verstößen, die zu den sogenannten Hadd- und Qisas-Strafen gezählt werden können, unverändert blieb, gab es jedoch eine wichtige Änderung: Nach § 91 dieses neuen Gesetzes kann ein Richter auf ein Todesurteil verzichten, wenn bezweifelt wird, dass die Tat von einem Jugendlichen begangen wurde, der bei klarem Verstand war. Dies muss entweder ein Richter oder ein von einem Richter beauftragter Gerichtsmediziner beurteilen.



Die iranische Menschenrechtsanwältin und Journalistin Nasrin Sotoudeh (geboren 1963), Mutter zweier Kinder, saß über drei Jahre in Haft, weil sie sich in ihrer Heimat für Menschen-, Frauen- und Kinderrechte eingesetzt hatte. Der Richter begründete fünf der ursprünglichen 11 Jahre Haft damit, dass sie in einer im Iran nicht ausgestrahlten Videobotschaft ohne Kopftuch aufgetreten war.

Die Rechtsanwältin ist die mit Abstand bedeutendste Vertreterin der iranischen Zivilgesellschaft, die sich im Iran aufhält. Sie ist Mitgründerin der Eine-Million-Unterschriften-Kampagne für Frauenrechte im Iran und wurde 2012 mit dem Sacharow Preis des Europäischen Parlaments ausgezeichnet. Seit dem 14. April 2013 gehört die renommierte Menschenrechtlerin dem Kuratorium der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte an.

Das neue Strafgesetz löste eine Welle der Freude unter den Kinderrechtsaktivisten aus, weil nun zukünftig keine Jugendlichen hingerichtet werden müssten. Zusätzlich erlaubte dieses Gesetz Richtern und Gerichtsmedizinern, durch die Verhinderung von Hinrichtungen Jugendlicher endlich die ihnen angemessene berufliche Rolle zu spielen. Dadurch, dass Richter und Mediziner vereidigt sind, um menschliches

Leben zu schützen und die Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu sichern, ist die Freude des Rechtswesens und der Menschenrechtsaktivisten nicht unbegründet gewesen. Trotzdem wundern wir uns, dass seit 2013 immer wieder eine hohe Anzahl Jugendlicher unter 18 Jahren hingerichtet wird. Was ist also passiert?

In diesem Artikel wird versucht, die obengenannte Frage zu beantworten. Warum werden trotz des neuen islamischen Gesetzes immer noch Personen unter 18 Jahren hingerichtet? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir beim Gesetz selbst anfangen:

Nach §146 des islamischen Strafgesetzes sind „Minderjährige“ nicht strafmündig. Nach §147 des gleichen Gesetzes sind Mädchen ab 9 Jahren, Jungen ab 15 Jahren strafmündig.

Zusätzlich werden Strafen im islamischen Strafgesetz in vier verschiedene Gruppen eingeteilt:

1. Tazir (Ermessenssache / Ermessensspielraum)
2. Hadd - Strafen
3. Qisas (Vergeltung)
4. Diya (Ausgleichszahlung)

Die Strafen aus den Gruppen 2 und 3 entstammen den [sogenannten] göttlichen Regeln. Der iranische Staat fühlt sich verpflichtet, für den Schutz dieser Regeln und deren vollständige Durchsetzung zu sorgen. Im Falle der Anwendung von Tazir (Ermessenssachen) nutzen die Richter manchmal ihren Spielraum, um die Höhe der Strafe festzusetzen. Manchmal jedoch reduzieren sie das Maß der Strafe.

Die maßgeblichen Probleme bei der Bestrafung von Jugendlichen, insbesondere bei Urteilen, die zur Hinrichtung führen, sind:

1. Das offizielle Gesetz Irans sieht das Pubertätsalter von neun Jahren für

Iran ▶

Mädchen und 15 Jahren für Jungen als unstrittig an, da dies durch die Scharia so definiert wird.

2. Dieses Gesetz fordert, dass Hadd und Qisas ohne jede Rücksicht, Flexibilität und Berücksichtigung eventueller Vorstrafen angewendet werden müssen.

3. Obwohl § 91 des islamischen Strafgesetzes Richter und Rechtsmediziner ermächtigt, Jugendliche wegen eines unklaren Verstandes nicht hinzurichten, machen sie von dieser Möglichkeit selten Gebrauch. Weil Richter oder Rechtsmediziner trotz ihrer Vereidigung Jugendliche als zurechnungsfähig erklären, führen sie diejenigen, die zum Zeitpunkt der Tat 15 oder 16 Jahre alt waren, schließlich zur Hinrichtung.

In einem Fall, als die Akte in einem Gericht in Schiras überprüft wurde, war der Angeklagte ein 15-jähriger Junge, der wegen Mord an seinem Freund angeklagt wurde. Man begann mit der Überprüfung seiner Akte. Das Gericht von Schiras verkündete umgehend ein Qisas-Urteil (Todesstrafe), ohne die Akte an das Institut für Rechtsmedizin weitergeleitet zu haben. Nachdem die Rechtsanwälte des Angeklagten heftig protestierten, wurde die Akte an das Oberste Gericht weitergeleitet. Dieses Gericht schickte sie mit dem Argument zurück, dass das dortige Gericht die Rechtsmediziner befragen sollte, um die Mündigkeit und mentale Gesundheit des Angeklagten festzustellen.

Das Gericht in Schiras befragte das Institut für Rechtsmedizin zur mentalen Gesundheit des Angeklagten. In dieser Phase erkannten die Rechtsmediziner ihn während des Mordes als unmündig. Die Eltern des Ermordeten erhoben aber Einspruch gegen diese Einschätzung der Rechtsmediziner, was ihnen gesetzlich erlaubt war. Deshalb wurde die Akte an ein dreiköpfiges Komitee der Rechtsmedizin weitergeleitet. Diesmal – der Angeklagte war inzwischen 18 Jahre alt geworden – wurde er zur Überprüfung

zur Rechtsmedizin geschickt. Erstaunlicherweise stellte das Komitee nun fest, dass der junge Mann zum Tatzeitpunkt mündig und mental gesund gewesen sein soll.

Trotz allem ist es möglich, dass die Richter, die die Akten in der Hand haben, die zur Hinrichtung der Jugendlichen führen könnten, wegen ihrer beruflichen Verantwortung, durch den Zugang zu juristischen Argumenten und psychologischen Erkenntnissen so weit wie möglich auf solche Todesurteile verzichten können. Noch erstaunlicher ist aber die Tatsache, dass Mediziner, die ungeachtet ihrer medizinischen Vereidigung, die Verfahren insofern stützen, dass die Gerichtsverfahren in Todesurteilen junger Menschen enden können. Meiner Meinung nach handeln diese Ärzte im Widerspruch zu ihrem medizinischen Eid.



Strangulieren
In Iran ist die gängige Hinrichtungsmethode. Die Opfer werden langsam in die Höhe gezogen. Je nach Körpergewicht kann der Todestrapf noch länger dauern. In einem Fall lag sich ein Henker nach sechs Minuten an den strahlenden Körper eines Mädchens an, um die Tod zu erleichtern.

Öffentliche Hinrichtungen
In Iran können „Delikte“ mit dem Tod bestraft werden, die nach internationalen Menschenrechtsverträgen keinerlei Straftaten sind, sondern unter dem Schutz der Meinungs- und Religionsfreiheit stehen, z.B. die Abwendung vom Islam oder der „Kampf gegen das System“. Die tatsächlichen Gründe für Hinrichtungen werden vielfach verschleiert. Anwälte wird Aktenansicht verweigert, Urteile werden nicht ausgeschändigt. Die islamische Republik Iran vollstreckt weit weit die meisten Hinrichtungen pro Kopf der Bevölkerung. Nur Nordkorea könnte möglicherweise diese Quote übertreffen.

INTERNATIONALE GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE
IGFM

Eltern verbrannt – wer kümmert sich um die Kinder?

Ein Mob von über 2.000 extremistischen Muslimen umstellte am 4. November 2014 ein christliches Dorf, nur etwa 25 km südwestlich der pakistanischen Millionenstadt Lahore.

Die Islamisten rissen dem 27 Jahre alten christlichen Ziegeleiarbeiter Shahzad Masih und seiner im vierten Monat schwangeren 24-jährigen Frau Shama die Kleider vom Leib, schlugen sie halb tot und warfen die beiden schließlich lebendig in den Brennofen der örtlichen Ziegelei. Das Paar hinterließ drei Kinder: Sonia, Poonam und Salman. Hintergrund für den Mord war eine Auseinandersetzung mit dem Eigentümer der Ziegelei. Die Opfer hatten den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn gefordert. Daraufhin verbreitete sich das Gerücht, dass Paar habe „Seiten aus dem Koran verbrannt“.

Christliche Waisenkinder in Pakistan sind in einer besonders prekären Lage. Ohne Hilfe werden diese Kinder missbraucht oder als Arbeitsklaven ausgebeutet. Ihre Hilfe kann das ändern! Aneeqa Maria Anthony ist Anwältin am Obersten Gericht in der Millionenstadt Lahore und langjähriges IGFM-Mitglied. Gemeinsam mit ihren Mitstreitern befreit sie Mädchen aus Zwangsprostitution. Die heute vier Jahre alte Sonia hat – wie ihre Geschwister Poonam und Salman – durch das Waisenschutzprogramm ein neues Zuhause gefunden.

Die meisten Partner und Mitarbeiter der IGFM sind vor Ort schon mehrfach von Islamisten mit dem Tod bedroht oder körperlich angegriffen worden. Die Helfer beweisen täglich ungeheuren Mut und Engagement – was ihnen fehlt sind die Mittel. Rund 1,50 Euro pro Tag – das ist für uns kaum spürbar. Für viele Kinder ist es der Unterschied zwischen einer Hölle auf Erden und einem glücklichen Leben!

Spendenkonto:

IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01
BIC: BFSWDE33MNZ, Bank für Sozialwirtschaft

Hetze gegen Christen

Islamisten stacheln Muslime gegen Kopten auf

Der „Islamische Staat Ägypten“ hat am 19. Februar 2017 ein Hetz- und Drohvideo veröffentlicht, in dem er den Christen in Ägypten den Krieg erklärt. Es zeigt geschickt ausgewählte Fernsehmitschnitte, die Abneigung und Zorn von Muslimen gegenüber Christen wecken und anstacheln sollen.

Das Video zeigt gleich zu Beginn Demonstrationen von Kopten. Die offensichtlich sehr erregten Christen und Priester skandieren Slogans, die jedem ägyptischen Muslim aufstoßen müssen. Z.B. „vergesst die Kopten, wie sie früher waren – ab morgen schießen wir scharf“ oder „dieses Land gehört uns“, „das Christentum ist die ursprüngliche Religion“ und anderes mehr. Dabei schwenken die aufgebrachten Christen auf der Straße Kreuze.

Die Macher des 20 Minuten langen Videos gehen offensichtlich davon aus, dass es innerhalb der muslimischen Mehrheitsgesellschaft unterschwellig verbreitete Vorbehalte und Klischees gegenüber Christen gibt, die sie mit solchen Szenen anfachen können. Das Video zeigt viele Ausschnitte aus dem Fernsehen von Priestern und Christen, die laut verkünden, sie seien die „eigentlichen“ und „ursprünglichen“ Ägypter.

Außerdem zeigt es hohe Vertreter des Staates, die Freundlichkeiten mit Repräsentanten der Kirche austauschen. Zusätzlich zeigt das Video den koptischen Papst Tawadros II. und andere Priester, die die ägyptische Regierung und Präsident Al-Sisi preisen. Al-Sisi wird vom „Islamischen Staat“ als „Tyrann“ bezeichnet – eine Einschätzung, die inzwischen viele Ägypter über den früheren Geheimdienstchef und Feldmarschall teilen.



Das Video spekuliert auf tief sitzende Vorurteile gegen Christen und versucht, Gewalt gegen sie mit Verweisen auf den Koran zu rechtfertigen. Im Bild: Der koptische Papst Tawadros II. und Papst Franziskus im animierten Feuer hinter einem Auszug aus der Koransure 9 („Die Reue“), Vers 36: „Und kämpft alleamt gegen die Heiden, so wie sie ihrerseits allesamt gegen euch kämpfen!“ (Übersetzung nach Rudi Paret). Dieser Koranvers wird auch von anderen Islamisten vielfach verwendet, um Gewalt gegen Nichtmuslime zu legitimieren.

Das geschickt zusammengestellte Video ähnelt in Vielem antijüdischer Hetze. Die Kopten seien nicht nur die stärksten Unterstützer des Regimes,

sondern auch die heimlichen finanziellen Herrscher des Landes, die angeblich mehr als vierzig Prozent der ägyptischen Wirtschaft kontrollierten.



„Ab morgen schießen wir scharf!“ Fernsehmitschnitte aufgebrachter Kopten sollen Stimmung machen und das Klima vergiften. Die Textzeile und sogar der Straßename sind vom IS unkenntlich gemacht worden. Ort und Umstände der verschiedenen Demonstrationen sind daher nicht nachvollziehbar.

Bekannte christliche Geschäftsleute und von Christen geführte Firmenlogos werden gezeigt.

In der Tat gibt es in Ägypten einige sehr reiche koptische Familien – doch die christliche Minderheit in ihrer Gesamtheit ist ohne jeden Einfluss und letztendlich völlig vom Wohlwollen der jeweiligen Regierung und der Mehrheit abhängig. Am härtesten sind die religiös beladenen Anschuldigungen. Die Kopten seien die größte „Kreuzfahrer“-Minderheit des Nahen Ostens.

Sie seien Teil eines Krieges gegen den Islam, der von „Kreuzfahrer“-Ländern unter der Führung der USA unterstützt werde. Die (christlichen) „Ungläubigen“ hätten sich abfällig über den Islam geäußert und in Medien und Satellitenfernsehsendern sogar den islamischen Propheten Mohammed und den Islam beleidigt.

Der ägyptische Ableger des „Islamischen Staates“ erklärt daher, dass Christen in Ägypten nicht länger „Schutzbefohlene“ (Dhimmis) seien, sondern „Ungläubige“ (Kufar). Gott habe befohlen, alle Abgefallenen (Murtad) und Ungläubigen (Kufar) zu vernichten und die Erde von ihnen zu säubern.

Die Islamisten untermauern ihre Drohung mit zahlreichen Zitaten aus dem Koran, der islamischen Überlieferung (Hadith) und der islamischen Geschichte.

Das Video enthält außerdem schwere Vorwürfe gegen die Regierung unter Al-Sisi. Sie würde „das Blut der Muslime“ vergießen, um die eigene Macht zu sichern, während sie gleichzeitig versagt habe, das islamische Rechtssystem (die Scharia) einzuführen. Zu sehen sind tote Kinder und Kleinkinder, die bei Militäreinsätzen der Regierung im Sinai starben.

Welle der Gewalt

Die Halbinsel Sinai ist seit langem Schauplatz von heftigen Spannungen zwischen der örtlichen Bevölkerung und der Zentralregierung in Kairo. Die Gewalt eskaliert auf dem Sinai seit Jahren. Die drakonischen Maßnahmen der Regierung verschaffen den Islamisten inzwischen wachsenden Zulauf, während den Behörden die Kontrolle über den Sinai entgleitet.

Bereits im September 2012 vertrieben maskierte Islamisten dutzende koptische Familien aus der Stadt Rafah im Nordsinai. Sie befahlen den koptischen Anwohnern, innerhalb von 48 Stunden die Stadt zu verlassen. Seither hat es mehrere Anschläge gegen Christen auf dem Sinai gegeben, die Anfang 2017 wieder häufiger wurden.

Ende Januar wurde der koptische Händler Wael Youssef auf einem gut



Sufi-Muslime werden von Islamisten ebenfalls mit dem Tod bedroht. Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus einem Video des „Islamischen Staates“. Darin wird der 100-jährige Sufi-Scheich Sulaiman Abu Haraz im ägyptischen Sinai wegen angeblicher „Hexerei“ enthauptet – in einem orangefarbenen Overall wie die Häftlinge in der US-amerikanischen Marinbasis Guantanamo Bay.

besuchten Marktplatz der Stadt al-Arisch erschossen. Am 12. Februar wurde der Tierarzt Baghat Zakher mit einem Kopfschuss tot vor seiner Apotheke in der Stadt al-Arisch aufgefunden. Adel Shawky, ebenfalls Angehöriger der koptischen Minderheit, wurde am selben Tag im Stadtteil Samaran der Stadt al-Arisch ermordet.

Am 16. Februar schoss ein Attentäter den Lehrer Gamal Tawfik am helllichten Tag auf einem Markt in al-Arisch nieder. Wenige Tage zuvor, am 13. Februar, verteilten IS-Anhänger Flugblätter in al-Arisch, die den „Islamischen Staat“ als „Teil des Volkes“ von al-Arisch bezeichnen.

Massenflucht von Christen aus dem Sinai

Vom 23. bis zum 26. Februar 2017 flohen hunderte Kopten aus dem Sinai über den Suezkanal, vor allem in die Stadt Ismailia, die direkt auf der Westseite des Kanals liegt.

Etwa 300 Menschen kamen vorläufig auf einem kirchlichen Gelände und in einer Jugendherberge unter. Präsident Al-Sisi ordnete Unterstützung für die Flüchtlinge und Hilfe bei der Umsiedlung an. Schon zuvor hatte eine unbekannte Zahl von Christen aus Angst um ihr Leben den Norden des Sinai verlassen. Viele waren aber geblieben, weil sie nicht wussten, wohin sie fliehen könnten.

Der Auslöser für die Massenflucht waren weitere Morde des „Islamischen Staates“ am 23. Februar 2017. Einem 50 und einem 65 Jahre alten Kopten schossen Islamisten vor den Augen ihrer Angehörigen in den Kopf. Einen 45-jährigen Christen entführte der „Islamische Staat“ und verbrannte ihn lebendig.

100-jähriger Sufi-Scheich enthauptet

Der Hass islamischer Extremisten richtet sich nicht nur gegen Christen und „Ungläubige“, sondern auch gegen andersdenkende Muslime. Vor allem



Die Christen sollen der muslimischen Zielgruppe als feindliche und götzehafte Gruppe suggeriert werden. In Ägypten ist es völlig unüblich, an Gottesdiensten einer anderen Religion teilzunehmen. Mitra, das ungewohnte Ornat und Weihrauch müssen einem Muslim zwangsläufig fremd vorkommen.

gegen Schiiten, aber auch gegen Sufis. Am 19. November 2016 veröffentlichte eine dem „Islamischen Staat“ nahestehende Islamistengruppe Bilder von der Enthauptung des 100 Jahre alten im Sinai hoch geachteten Sufi-Scheichs Sulaiman Abu Haraz.

Program gegen Sufis und Schiiten

Er war einer der bedeutendsten Leiter der Sufi-Gemeinde auf dem Sinai. Salafisten hatten ihn zwei Wochen zuvor mit Waffengewalt aus seiner Heimatstadt al-Arisch verschleppt und ihn wegen „Hexerei“ zum Tod verurteilt. Kurz darauf veröffentlichten sie eine Drohung gegen alle Sufis in Ägypten: Sie müssten dem Sufi-Islam abschwören oder sie würden getötet.

Anfeindungen gegen schiitische und Sufi-Muslime gibt es in Ägypten seit langem. Der bisherige Tiefpunkt war ein Pogrom gegen Schiiten im Süden Kairo am 23. Juni 2013, an dem sich tausende sunnitische Islamisten beteiligt hatten.

In der ägyptischen Gesellschaft finden die latent vorhandenen Vorbehalte zusehends mehr Raum – und zwar sowohl bei Christen als auch bei Musli-

men. Es gibt eine schleichende Entwicklung, dass Christen und Muslime mehr und mehr unter sich bleiben. Ehen zwischen beiden Gruppen sind ohnehin unmöglich: Die Möglichkeit, nichtreligiöse, zivile Ehen zu schließen, existiert nicht. Das islamische Eherecht verbietet muslimischen Frauen, nichtmuslimische Männer zu heiraten, und unter Kopten ist die Heirat einer Christin mit einem Muslim gesellschaftlich geächtet.

Nebeneinander statt miteinander

Die Bedeutung der Religion hat in den letzten Jahrzehnten in Ägypten stark zugenommen. Eine Tendenz hin zu einem liberaleren Mainstream der religiösen Institutionen ist nicht erkennbar und die säkularen Strömungen sind extrem schwach.

Viele Christen und Muslime leben mehr nebeneinander als miteinander. Es bleibt zu hoffen, dass der Boden für die Hetze der Islamisten nicht so fruchtbar ist wie der „Islamische Staat“ es erhofft, und dass letztlich der säkulare, patriotische Zusammenhalt stärker ist.

Max Klingberg

Boko Haram und Al Shabaab:

Gesicht des afrikanischen Terrors

Wenn der anhaltende Strom der Flüchtlinge nach Europa keine Schlagzeilen macht, meist weil wieder einmal eine Bootsladung Afrikaner im Mittelmeer ertrunken ist, dann ist es ein Bürgerkrieg, oder eine Hungersnot, oder ein Autokrat, der mal wieder Wahlbetrug einsetzt, um im Amt zu bleiben.

Eine Quelle der Probleme für Afrika geht in der Berichterstattung jedoch meistens unter – vielleicht, weil der Westen selbst unter diesem Problem leidet, und der durchschnittliche Medienkonsument im Westen einer Meldung eher Aufmerksamkeit schenkt, wenn sie aus Berlin oder Paris oder Manchester kommt, nicht aus einer Stadt irgendwo in Afrika, von der er noch nie gehört hat.

Dieses Problem ist der islamistische Terrorismus. Dabei suchen vor allem zwei Hauptakteure des Terrors Afrika heim: Boko Haram in Nigeria, und Al Shabaab in Somalia.

„Boko Haram“ bedeutet sinngemäß „Westliche Lebensweise ist eine Sünde“; die Gruppe, die sich formell „Gemeinschaft der Sunniten für Predigt und Dschihad“ und „Westafrikanische Provinz des Islamischen Staates“ nennt, ist wegen ihrer radikalen Ablehnung aller westlichen Einflüsse generell unter diesem Spitznamen bekannt.

Die Terroraktivitäten der Gruppe begannen 2009, nachdem die Gruppe verboten und ihr damaliger Anführer Ustaz Mohammed Yusuf von der nigerianischen Polizei exekutiert wurde.

In einer stetig eskalierenden Kampagne von Bombenanschlägen, Massakern und Entführungen hat Boko Haram seitdem geschätzte 20.000 Menschen ermordet und 2,5 Millionen weitere aus ihrer Heimat vertrieben. Versuche der Gruppe, ihren Feldzug in die Nachbarländer auszuweiten, sind wiederholt gescheitert, aber der nigerianischen Regierung ist es trotz gelegentlicher Teilerfolge nicht gelungen, der Bedrohung durch Boko Haram Herr zu werden.

Allerdings hält das die Regierung nicht davon ab, immer wieder den unmittelbaren bevorstehenden Untergang von Boko Haram zu verkünden – mittlerweile hat wohl auch Abubakar Shekau, Anführer von Boko Haram, selbst den Überblick darüber verloren, wie



Nach einem Bombenanschlag von Boka Haram in Abudja.

Terrorismus ▶

oft er (angeblich) von Regierungstruppen getötet wurde.

Al Shabaab – der vollständige Name bedeutet „Jugendbewegung für den Dschihad“ – entstand in den Wirren des somalischen Bürgerkriegs und macht der Regierung von Somalia bis heute Teile des Staatsgebiets streitig. Ihre genauen Ursprünge sind unklar, auch aufgrund des zu jener Zeit tobenden Bürgerkriegs; die Gruppe ist mindestens seit 2009 aktiv. Wie viele Menschen Al Shabaab zum Opfer gefallen sind, ist schwer zu bestimmen, vor allem weil Somalia kein landesweites funktionierendes Staatsgebilde besitzt, das entsprechende Zahlen erheben könnte.

Anders als Boko Haram, die vor allem Tod, Zerstörung und Terror verbreiten, sorgen Al Shabaab in den von ihnen kontrollierten Gebieten für ein gewisses Maß an Stabilität und Struktur. Aufgrund der allgemeinen Verhältnisse in Somalia bieten sie so eine ernsthafte Alternative zur provisorischen Übergangsregierung, deren Autorität faktisch kaum über die Hauptstadt hinaus reicht.

Auch wenn die Herrschaft von Al Shabaab aufgrund ihrer radikalen islamistischen Weltanschauung aus menschenrechtlicher Sicht völlig inakzeptabel ist, verleiht sie Al Shabaab doch eine gewisse Legitimation, da sie mit einiger Berechtigung behaupten können, das Los der Bevölkerung in ihrem Herrschaftsgebiet zu verbessern.

Dennoch ist Al Shabaab nach wie vor eindeutig auch eine Terror-Organisation – doch wo Boko Haram auch aus den Reihen moderaterer Muslime (und fast alle Muslime sind verglichen mit Boko Haram als „moderater“ zu bezeichnen), selbst von Salafisten und erzkonservativen saudi-arabischen Gelehrten, harsche Kritik für ihr willkürliches und hemmungsloses Blutvergießen erfahren, besteht die Opposition von Al Shabaab vor allem aus der somalischen Regierung (der provisorischen Übergangsregierung) und dem überwiegend christlich geprägten



Christliche Flüchtlinge, die dem Terror von Boko Haram entkommen konnten.

Nachbarland Kenia; innerhalb der muslimischen Welt sind es vor allem die von Al Shabaab unterdrückten Sufis, die Widerstand gegen die Gruppe leisten.

Trotz ihrer sehr unterschiedlichen Methoden haben Boko Haram und Al Shabaab zumindest nominell eine Gemeinsamkeit: Das Selbstverständnis, den Dschihad, den heiligen Krieg für die Vorherrschaft ihrer extremen Interpretation des Islam, zu führen – ein Selbstverständnis, das sie mit anderen islamistischen Gruppen anderswo in der Welt teilen. Dennoch ist es falsch, alle derartigen Gruppen als einen monolithischen Block zu sehen, der dem Rest der Welt und vor allem dem Westen geschlossen gegenübersteht.

So hat zwar Al-Shabaab seine Loyalität gegenüber Al Qaeda erklärt, gleichzeitig tobt innerhalb der Gruppe ein blutiger Kampf gegen diejenigen, die sich von Al Qaeda lossagen wollen. Boko Haram unterhielt ebenfalls Beziehungen mit Al Qaeda, wurde von diesen jedoch nie formell als Verbündeter akzeptiert; 2014 schließlich schwor Abubakar Schekau, Anführer von Boko Haram, öffentlich dem Islamischen Staat die Treue und bezeichnete Boko Haram als die "Westafrikanische Pro-

vinz des Islamischen Staats". Bei aller Rhetorik von einem gemeinsamen weltweiten Dschihad ist es allerdings sehr fraglich, inwieweit die verschiedenen islamistischen Gruppierungen tatsächlich substantiell zusammenarbeiten.

Boko Haram und Al Shabaab sind, jede auf ihre eigene Art, eine Geißel für die afrikanische Bevölkerung. Die Regierungen von Nigeria und Somalia sind, wiederum jede auf ihre eigene Art, unfähig, dieser Bedrohungen alleine Herr zu werden. Der Westen kann es sich nicht leisten, wegzuschauen und nichts zu tun, während Afrika leidet, nur weil dieses Leiden den Westen nicht direkt betrifft.

Wir dachten auch, die Untaten des Islamischen Staats betreffen uns nicht direkt, so dass wir nichts gegen sie zu tun brauchen, jedenfalls bis eine Million Menschen, vor dem Islamischen Staat fliehend, an die Tore von Europa klopfen – und bis die Anschläge von Berlin und Paris und Manchester, und andere, die hier vollständig aufzuzählen sich aus Platzgründen verbietet, uns lehrten, dass die Folgen unserer Untätigkeit uns früher oder später schmerzhaft heimsuchen werden.

E.F.O.

Tödlicher Aberglaube

Albinos und Menschen mit körperlichen Auffälligkeiten gelten als Träger magischer Kräfte

Es klingt wie ein schlechter Scherz: Die Polizei in Mosambik hat eine Warnung herausgegeben, dass glatzköpfige Männer das Ziel von Mordanschlägen werden könnten, weil sie Gegenstand eines Aberglaubens sind.

In ihren Köpfen, so der Aberglaube, befinde sich Gold, und mit Hilfe des richtigen magischen Rituals können ihre Körperteile eingesetzt werden, um der Zielperson Reichtum zu verleihen.

So lächerlich der Aberglaube für uns klingt, so tödlich sind seine Auswirkungen in der Realität. Mindestens zwei glatzköpfige Männer wurden bereits brutal ermordet und regelrecht ausgeweidet, offenbar mit dem Ziel, an „Zutaten“ für magische Rituale zu gelangen.

Auftraggeber der Morde auf freiem Fuß

Die Polizei hat nach eigenen Angaben zwei Verdächtige festgenommen, doch sind die Auftraggeber, die Hexendoktoren ebenso wie ihre Kunden, immer noch auf freiem Fuß, und es ist anzunehmen, dass derartige Morde weitergehen werden, solange die Nachfrage nach magischen Ritualen weiter besteht.

Vor allem Kinder-Albinos sind in Lebensgefahr

Das allein wäre schon schlimm genug; leider ist es nur die Spitze des Eisbergs. In mehreren ostafrikanischen Staaten, darunter auch Mosambik, werden Albinos, vor allem Kinder, immer wieder ermordet, um ihre Körperteile an Hexendoktoren zu verkaufen.

Der Aberglaube schreibt Albinos magische Kräfte zu, welche die Hexendok-



Männer ohne Kopfbehaarung werden von Hexendoktoren in ostafrikanischen Staaten als Träger magischer Kräfte angesehen.

toren mit Zaubertänken, die sie aus den Körperteilen von Albinos herstellen, auf ihre Kunden zu übertragen versprechen.

Der verbreitete Aberglaube in Bezug auf Albinos und die daraus resultierende Diskriminierung und Verfolgung von Albinos führen dazu, dass in einigen Regionen Afrikas nur zwei Prozent aller Albinos das vierzigste Lebensjahr erreichen – angefangen damit, dass Kinder mit Albinismus oft schon als Neugeborene ausgesetzt werden, weil sie als Unglücksbringer und schlechtes Omen gelten.

Morde aus Angst vor magischen Kräften

Hand in Hand mit dem Glauben an magische Kräfte geht auch die Angst vor denen, die sie angeblich ausüben können. So werden in weiten Teilen Afrikas Menschen der Hexerei

beschuldigt, verfolgt, ausgegrenzt, gefoltert – oft im Namen von „Exorzismus“-Ritualen, und teilweise getötet. Opfer dieser Hexenjagden sind, wie schon bei den historischen Hexenjagden in Europa und Nordamerika, all jene, die irgendwie anders sind – vor allem Menschen mit Behinderungen, aber auch wiederum Albinos.

Verstärkt werden auch immer mehr Kinder zum Opfer des Hexenwahns, die dann von ihrer Familie verstoßen auf der Straße enden, oder aber getötet werden.

Afrikas Gesellschaft leidet unter einem tödlichen Aberglauben, der vor allem die Schwächsten zu Zielen macht und sie, in dem Glauben, Schaden abzuwenden oder einen Vorteil zu erlangen, Leiden und Tod aussetzt.

E.F.O.

Folter produziert Extremisten

Islamistische Gruppen erhalten in Ägypten starken Zulauf. Ein wichtiger Grund dafür ist die berüchtigte Willkür von Polizei und Geheimdienst. Misshandlungen und Folter verbittern jeden, der in die Fänge des „Sicherheits“-Apparates gerät. Tausende werden verhaftet, die Mehrheit von ihnen völlig willkürlich im Umfeld von Demonstrationen.

Im Gefängnis geraten sie dann umso leichter in den Einfluss von islamischen Scharfmachern. Folter macht das schwarz-weiß Weltbild der Islamisten für die Zweifler plausibel und treibt die Opfer den Extremisten in die Arme.

Ein verheerendes Attentat im Zentrum Kairos hat in Ägypten den Blick auf ein brandgefährliches Problem gelenkt: In den Gefängnissen werden Häftlinge radikal – oder in ihrer Radikalität noch weiter bestärkt. Radikalisierung in Gefängnissen spielt sich schon seit Jahrzehnten ab – so wie Willkür und Folter. Doch erst jetzt hat in der Öffentlichkeit (wieder) eine Diskussion begonnen, weil mehr Informationen über den Selbstmordattentäter vom 11. Dezember 2016 bekannt wurden.

Der damals 19-jährige Mahmoud Shafiq war 2013 auf dem Schulweg zufällig in der Nähe einer Demonstration von Muslimbrüdern gewesen. Die Polizei verhaftete ihn mitsamt seinen Schulsachen wahllos, so wie hunderte andere, die vermutlich ebenso unbeteiligt waren. Mahmouds verstorbener Vater war Armeeeoffizier. Sein Sohn hatte, soweit bekannt, in keiner Weise eine Nähe zum Islamismus. Die Staatsanwaltschaft war rasch selbst davon überzeugt, dass Mahmoud kein Mitglied der Muslimbrüder war, die in Ägypten Rivalen des Militärs um die Macht waren und als terroristische Organisation verfolgt werden. Trotz-



Willkürlich verhaftet, willkürlich gefangen gehalten und gefoltert. So wurde aus dem unbeteiligten Schüler Mahmoud Shafiq ein islamistischer Fanatiker, der sich und 29 andere Menschen bei einem Anschlag in einer Kirche in Kairo in den Tod riss. Das Bild zeigt ihn in einem Video des „Islamischen Staates Ägypten“.
Bild: „Islamischer Staat Ägypten“

dem ließen die Behörden Mahmoud Shafiq nicht einfach frei, sondern behielten ihn ein Jahr lang – wohl prophylaktisch zur Abschreckung – in „Präventivhaft“. Wie tausende andere Häftlinge folterte ihn erst die Polizei und dann das Gefängnispersonal. Das

hatte dramatische Folgen. Bei seiner Freilassung war der junge Mann nicht mehr derselbe. Er tauchte unter und schloss sich dem „Islamischen Staat“ an. Was die Ideologie der Islamisten vorher nicht geschafft hatte, erreichten Willkür und Folter des ägyptischen



Mahmoud Shafiq sprengte sich am 11. Dezember 2016 während eines Gottesdienstes in der St.-Peter-und-Paul-Kirche in Kairo in die Luft. Er tötete 29 Menschen – überwiegend Frauen und Kinder – und verletzte über 40 weitere, zum Teil schwer. Die Kirche liegt unmittelbar neben der Kathedrale von Kairo, dem Symbol des christlichen Ägyptens. In der ägyptischen Öffentlichkeit wird die Radikalisierung durch die Haftbedingungen immer deutlicher wahrgenommen.

Bild: „Islamischer Staat Ägypten“.

Ägypten ►

„Sicherheits“-Apparates. Shafiq tötete während eines koptischen Gottesdienstes 29 andere Menschen und verletzte über 40 weitere.

Folter und Isolation

Einige ehemalige Gefangene haben über ihre Erlebnisse in den Gefängnissen Ägyptens gesprochen – vor allem, nachdem sie im Ausland in Sicherheit waren. Sie berichten, wie die traumatische Erfahrung von Folter und Hilflosigkeit das Denken verändert. Die schwarz-weiße Welteinteilung der Islamisten in Gut und Böse wird immer plausibler, je mehr die Opfer gefoltert werden. Alle Behauptungen der staatlichen Medien werden in Frage gestellt. Auch die, dass die dschihadistischen Feinde der Regierung bloß Mörder sind. Der Glaube ist das Letzte, was Halt gibt, und so wird der „Islamische Staat“ für das Folteropfer, das sich nach Rettung sehnt, schließlich immer mehr zu einem Erlöser.

Isolation und Besuchsverbote verstärken diese Entwicklung. Die Propaganda über angebliche Siege der Islamistenmiliz ist für die Häftlinge viel glaubhafter, da sie von Informationen aus der Außenwelt weitgehend abgeschnitten sind. So haben Mithäftlinge einen viel größeren Einfluss. Der „Sicherheits“-Apparat hat sich früher bemüht, gefährliche Extremisten getrennt gefangen zu halten. Doch durch die enorme Zahl der Verhaftungen ist das längst unmöglich. Zwischen der Entmachtung der Muslimbrüder im Juli 2013 bis Ende 2016 soll die ägyptische Regierung den Bau von 16 weiteren Gefängnissen begonnen haben. Aber das Regime verhaftet so viele Menschen, dass die tatsächlichen islamischen Extremisten nicht von den übrigen Gefangenen getrennt werden können.

Tausende willkürlich verhaftet

Wie viele Menschen Polizei und Geheimdienst in Ägypten seit der (erneuten) Machtergreifung des Militärs am 3. Juli 2013 willkürlich verhaftet haben, ist unbekannt. Fest steht,

dass es Tausende sind. Das „Ägyptische Koordinierungsbüro für Rechte und Freiheiten (Egyptian Coordination for rights and freedoms, ECRFEG) spricht für das Jahr 2013 von über 8.000, für 2014 von über 32.000 und für 2015 von rund 23.000 Menschen, von denen weniger als ein Drittel später freigelassen wurden. Andere Schätzungen sind zum Teil noch deutlich höher. Nachprüfen lassen sich die Angaben nicht, denn Menschenrechtsarbeit wie in Europa ist in Ägypten unmöglich. Die Regierung versucht nicht nur, die Muslimbruderschaft auszulöschen, sondern verfolgt auch die Menschenrechtsbewegung erbittert.

Dass Gefängnisse zu Brandbeschleunigern islamistischer Ideologien werden, ist keine neue Entwicklung. Schon unter den früheren Präsidenten Gamal Abdel Nasser und Anwar al-Sadat wurden die Haftanstalten zu Brutstätten des dschihadistischen Islams. Wie Ägyptens gegenwärtiger Präsident, Feldmarschall Abd Al-Fattah Al-Sisi, stammten auch seine Vorgänger Nasser, Sadat und Mubarak aus dem Militär. Sie alle antworteten auf innenpolitische Herausforderungen vor allem durch Einschüchterungen, Verhaftungen, weitere Verhaftungen und noch mehr Verhaftungen. Die systematisch eingesetzte Folter zeigte aber nicht nur die gewünschte Wirkung. Der ägypti-

sche Journalist Sayyid Qutb war Theoretiker der ägyptischen Muslimbruderschaft. Den größten Teil seiner radikalen Schriften verfasste er im Gefängnis und wurde zu einem der wichtigsten islamistischen Denker des 20. Jahrhunderts. Damals rekrutierten Muslimbrüder und Dschihadisten viele ihrer Anhänger in den Gefängnissen. Heute ist es der „Islamische Staat“.

Regierung ignoriert Ursachen

Die wichtigste Ursache des Terrors in Ägypten wird von der Regierung gelehrt: der islamische Fundamentalismus. Das Regime bekämpft ausschließlich die politischen Strömungen des Islamismus, die eine direkte Bedrohung der Macht des Militärs darstellen, vor allem die Muslimbrüder.

Den religiösen Fundamentalismus – Grundlage und Ursprung aller islamistischen Strömungen – ignoriert die ägyptische Regierung dagegen. Unpolitische aber viel radikalere Gruppen als die Muslimbrüder ignoriert sie ebenfalls. Bisher weigert sich die Regierung überhaupt anzuerkennen, dass der Terror eine religiöse Komponente hat. Salafistische Prediger, Gruppen und Privatsender verbreiten derweil mit Energie und Erfolg ihr fundamentalistisches Weltbild voller Hetze.

M.K.



Ägyptische Sicherheitskräfte, vor einer Kundgebung für bürgerliche Rechte.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Vernichtungsfeldzug gegen die muslimische Minderheit der Rohingyas

Grausame jahrzehntelange Unterdrückung und Vernichtung der Rohingyas in Myanmar (ehem. Birma) in einer neuen Flutwelle der Gewalt und des Hasses: Massenmord, Kindstötungen, Vergewaltigungen, Brandstiftungen, Hunger, Entrechtung und Ghettoisierung. Der aktuelle Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) vom 3. Februar 2017 über die Lage der Rohingyas bestätigt erneut, dass die Rohingyas zu den am meisten verfolgten Minderheiten der Welt gehören.

Seit vielen Jahrzehnten wird das in Myanmar ansässige Volk von den Birmesen/Myanmaren systematisch brutal unterdrückt. Auch der neueste Bericht ist ein Aufschrei des unendlichen Leides, der in den modernen Demokratien des 21. Jahrhunderts schändlich ins Leere verhallt. Berichtet wird darin von Massenmord, Vergewaltigungen, Versklavungen und Verschleppungen; Taten, die vom 9. Oktober 2016 bis Januar 2017 verübt worden sind. Was steckt hinter diesen erneuten Gräueltaten?

Fast 90 Prozent der 53 Millionen Einwohner Myanmars sind Buddhisten. Religiöse Minderheiten wie die christlichen Kachin, die Karen, und vor allem die muslimischen Rohingyas, werden seit Jahrzehnten brutal verfolgt. Obgleich es in Myanmar über hundert weitgehend anerkannte ethnische Minderheiten gibt und obwohl diese muslimische Gruppe seit Jahrhunderten in Myanmar angesiedelt ist, werden die Rohingyas nicht als Bürger Myanmars angesehen oder anerkannt. Durch ein Gesetz von 1982 ist ihnen die sogenannte Staatsbürgerschaft von „Nicht-Einheimischen“, wozu die Rohingyas nach Ansicht des Staates gehören, verwehrt worden. Seitdem hat der Einfluss von ultra-nationalistischen buddhistischen Extremisten sowie religiöse Intoleranz und Anstiftung zu Hass gegen die Rohin-



Wenig Hoffnung für Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar (Burma). Bild: Mathias Eick, EU/ECHO, Rakhine State, Myanmar/Burma, September 2013.

gyas immer mehr zugenommen. Man betrachtet sie als Bengalis, gar als Untermenschen, so wie es noch 2009 ein myanmarischer Diplomat schriftlich festhielt: „als dunkelhäutige, hässliche Oger“.

Diese menschenverachtende Einstellung besteht bis heute noch. Selbst jetzt, im Jahrzehnt der großen Erfolge der Nationalen Liga der Demokratie unter Führung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, wird der Verfolgung und Vernichtung der Rohingyas kein Einhalt geboten. In Myanmar, hauptsächlich im nördlichen Teil des an Bangladesch grenzenden Rakhine-Staates (ehemals Arakan), leben aktuell circa eine Million Rohingyas ghettoisiert unter extremsten menschenverachtenden Bedingungen. Durch die Aberkennung der Staatsbürgerschaft sind sie wie Freiwild jeglicher Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt. Sie bekommen keinen Pass, sind eingeschränkt in ihrer Bewegungsfreiheit, sowohl ihr Dorf als auch das Land zu verlassen, dürfen nicht wählen, nicht heiraten, und keine Kinder ohne staatliche

Zustimmung haben. Sie haben so gut wie keinen Zugang zu medizinischer Versorgung oder Schulbildung. Viele leben und sterben in erbärmlichen Ghettos.

Die Lebensbedingungen sind so extrem unerträglich, dass Rohingyas massenweise aus Myanmar fliehen müssten, um überleben zu können. Staatenlos leben sie im Exil, vorwiegend in Bangladesch, aber auch in Indien, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Thailand oder Malaysia. Doch auch dort sind sie nicht gewollt oder akzeptiert, werden unterdrückt und nicht zuletzt auf Betreiben Myanmars verfolgt. Unvergessen sind die Horrorszenarien im Golf von Bengalen 2015, als Tausenden ausgehungerten, verzweifelten Bootsflüchtlingen nirgendwo Aufnahme gewährt wurde, Thailand sie gar zurück ins offene Meer, in den unausweichlichen Tod, schickte. Zwei Rohingyas, die es schafften, nach Deutschland zu fliehen, haben uns bei einer Mahnwache im September 2016 vor der myanmarischen Botschaft in Berlin unterstützt. Völlig verzweifelt erzählten sie uns von den Zuständen in ihrer

Myanmar ▶

Heimat und ihrer Todesangst um ihre zurückgebliebenen Familien, ihre Freunde, ihr Volk.

Sie sprachen auch darüber, welch großes Problem es sei, dass ihnen Bildung verwehrt wird; die brauche man doch, um andere Sprachen zu lernen, um der Welt von seiner unendlichen Unterdrückung zu berichten. So würden sie von Beginn an mundtot gemacht, ihre Hilfeschreie blieben von der Außenwelt ungehört.

Am 9. Oktober 2016 kam es erneut zu einer militärischen „Beseitigungsaktion“ im Norden des Staates Rakhine, der Heimat der Rohingya. Der Auslöser hierfür war ein Überfall auf birmesische Grenzpolizisten. Schnell entzündete sich in Myanmar die Feuersbrunst.

Während dieser „Beseitigungsaktion“ wurden die vom Staat abgeriegelten Gebiete von der Armee terrorisiert. Massenvergewaltigungen an Frauen und Kindern, willkürliche Tötungen und Inbrandsetzungen von mindestens 1.500 Häusern waren Teil einer brutalen Kampagne der von Human Rights Watch kritisierten „kollektiven Bestrafung“. Die UN berichtete, dass als direkte Folge geschätzte 66.000 Rohingyas nach Bangladesh fliehen mussten. Alleine 22.000 flohen innerhalb einer Woche. Internationale Hilfsorganisationen und unabhängige Medien wurden während der Militärkampagne ausgesperrt.

In unserem Interview im Oktober 2016 sagte uns Mohammed Ibrahim, Mitglied des Kuratoriums des europäischen Rohingya-Rates, Folgendes: „Einfach gesagt, entsprechen die Menschenrechtsverletzungen der myanmarischen Truppen seit dem 9. Oktober dieses Jahres (2016) dem, was die Vereinten Nationen als ethnische Säuberung definieren. Wir erhalten Berichte über Massenvergewaltigungen und Massenverhaftungen. Das Gebiet ist komplett abgesperrt, unabhängigen Medien und Hilfsorganisationen wird der Zugang verwehrt. Die Bewegungsfreiheit in diesen Gebieten ist vollständig eingeschränkt. Die Regierung belügt die Völkergemeinschaft, indem sie behauptet, dass es keine Menschenrechtsverletzungen gebe, obwohl sie

gleichzeitig den Zugang für die unabhängigen Medien versperren.“

Yanghee Lee, Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Myanmar, gab am 13. März 2017 folgende Erklärung dazu ab: „Ich hörte Zeugenberichte über Zeugenberichte von entsetzlichen Geschehnissen – Kehlen wurden aufgeschlitzt, es wurde willkürlich auf Menschen geschossen, Häuser und Menschen wurden in Brand gesteckt, kleine Kinder ins Feuer geworfen, Frauen massenhaft vergewaltigt. Selbst Männer, die zu mir kamen, um mir zu erzählen, was sie durchlitten hatten. Junge und Alte, brachen weinend vor mir zusammen.“

Sie erklärte weiter: „Diese Erfahrungen mit den institutionellen Diskriminierungen und der anhaltenden Verfolgung der Rohingyas, über die ich schon früher berichtete, weisen darauf hin, dass die Regierung das gesamte Volk der Rohingya aus dem Land vertreiben will“.

Was kann getan werden, um solche Gräueltaten gegen die Rohingya zu stoppen, haben wir Mohammed Ibrahim gefragt. „Zuallererst wird humanitäre Hilfe dringend benötigt, um den Rohingyas zu helfen; zudem ist ernsthafter diplomatischer Druck der demokratischen Weltgemeinschaft auf die Regierung Myanmars bitter nötig.“ Der aktuelle Bericht des UN-Hoch-

kommissars hat zumindest die Zuständigen in den Vereinten Nationen erneut wachgerüttelt, der UNO-Menschenrechtsrat hat daraufhin eine Untersuchungskommission eingesetzt, die in diesem Jahr nun endlich die Verbrechen an den Rohingyas auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ hin überprüfen soll.

Dieser Genozid-Prozess wurde viel zu lange von der Weltgemeinschaft ignoriert und muss ab sofort noch viel aktiver konfrontiert werden. Wie Elie Wiesel während seiner Rede bei der Eröffnung des U.S. Holocaust Gedenkmuseums im April 1993 sagte: „Was haben wir gelernt? Dass wir alle verantwortlich sind und dass Gleichgültigkeit eine Sünde ist... und, dass es uns nicht gleichgültig sein darf, wenn Menschen leiden“.

Die IGFM fordert die junge demokratische Regierung in Myanmar und deren Regierungschefin, die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi dazu auf, der jahrzehntelangen grausamen Verfolgung seiner muslimischen Bevölkerung, den Rohingyas, ein Ende zu setzen. Die Regierung muss die Rohingya als vollwertige Bürger anerkennen und die dazugehörigen Rechte verwirklichen und schützen.

*Maya Robinson
Dr. Carmen Krusch-Grün*



IGFM-Mahnwache für Rohingyas.

Religions-, Gewissens- und Meinungsfreiheit als Herz unserer Demokratie

Vortrag von Prof. Thomas Schirmmacher an der Universität Freiburg

„Religions-, Gewissens- und Meinungsfreiheit sind keine Randwerte, sondern zentrale Elemente im Konzert der Menschenrechte, ohne die es auch keine Demokratie geben kann“. Diese Auffassung vertrat der Präsident des Internationalen Rates der IGFM in einem Vortrag im Horst-Weizmann-Hörsaal im Hauptgebäude der Universität Freiburg.

Anhand zahlreicher Beispiele aus seiner weltweiten Reisetätigkeit in über 100 Ländern belegte Schirmmacher, dass ohne Religions-, Gewissens- und Meinungsfreiheit kein Land frei sein könne.

Schirmmacher ging speziell auf die Frage ein: „Kann man in Deutschland zugleich die Religionsfreiheit aller beschützen und Feinde der Religionsfreiheit bekämpfen?“. Seiner Meinung nach „kann“ man das nicht nur, sondern „muss“ es. Jedes Menschenrecht erfordere den Schutz vor solchen, die es beseitigen wollen, und eine wehrhafte Demokratie müsse sowohl dafür sorgen, dass alle in den Genuss eines Menschenrechtes kommen, als auch, dass sie vor denen



Thomas Schirmmacher während seiner IGFM-Vorlesung an der Universität Freiburg am 10. Juli 2017.

geschützt werden, die es brechen oder seine Abschaffung fordern oder fördern. Deswegen müsse es auch in Deutschland gelingen, allen Menschen aller Religionen und Weltanschauungen ein freies zu Hause zu bieten und gleichzeitig die Feinde der Religionsfreiheit in die Schranken zu weisen.

Denn Religionsfreiheit gibt es nur dort, wo sie auch vom Gewaltmonopol des Staates geschützt wird. Das beinhaltet dann auch,

dass man freiheitsliebende Muslime vor gewaltbereiten Muslimen schützen müsse. Die Freiburger Arbeitsgruppe der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hatte Schirmmacher bereits 2013 an den selben Ort an der Universität Freiburg eingeladen. IGFM-Schatzmeister, Heinz Ernst, Organisator der Veranstaltung, zeigte sich hochzufrieden mit der Teilnehmerzahl und dem aktiven Mitwirken der Teilnehmer in der langen anschließenden Diskussionsrunde.



Aufmerksame Zuhörer verfolgen die Ausführungen von Prof. Dr. mult. Thomas Schirmmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM bei seinem Vortrag in der Universität Freiburg.

Von Weimar nach Caracas

Die zunehmend diktatorisch regierende Links-Regierung unter Nicolás Maduro weist Merkmale auf, die an den Niedergang der ersten deutschen Demokratie im Januar 1933 erinnern.

Caracas – Immerhin: Die Menschen wehren sich. Sie gehen auf die Straße und verweigern der Regierung die Gefolgschaft. Gleichzeitig verringert sich die Anzahl der Anhänger des linken Präsidenten Nicolás Maduro, je mehr sich die wirtschaftliche Lage Venezuelas verschlechtert. Denn schon lange kann die Regierung in Caracas ihre sozialen Versprechen nicht mehr erfüllen, was nicht allein am stark gesunkenen Ölpreis liegt. Korruption, Inkompetenz und ein unglaublicher Schlendrian in einst privat geführten Unternehmen, die sich auf dem Land heute „Kooperativen“ nennen, haben Venezuelas Wirtschaft den Rest gegeben.

Dissident in Haft

Lichtgestalt der bürgerlichen Opposition ist der ehemalige Studentensprecher und Lokalpolitiker Leopoldo López, der seit 2014 wegen angeblicher Putschpläne in Haft sitzt und dessen Ehefrau Lilian Tintori, eine ehemalige TV-Moderatorin, der Regierung seither öffentlichkeitswirksam die Stirn bietet.

Nach der umstrittenen Einsetzung einer neuen verfassungsgebenden Versammlung am 30. Juli kommt Maduro noch mehr Macht zu. Die neue Versammlung besteht überwiegend aus Maduro nahestehenden Delegierten.

Mit der gezielten Besetzung von Richter- und Verwaltungsposten mit Parteigängern der Maduro-Regierung wurde das Parlament faktisch kalt gestellt, so dass nurmehr der Protest auf der Straße bleibt, dem sich immer mehr Bürger anschließen. Immer mehr zeichnet sich



Demonstration gegen die Maduro-Regierung.

Bild: Wikimedia Commons

ab, dass für das Maduro-Lager ideologische Prämissen Vorrang haben gegenüber den allgemeinen Menschenrechten, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wie einst beim Völkermord in Ruanda scheint die Weltöffentlichkeit bei der schleichenden Umgestaltung Venezuelas in ein diktatori-



Nach internationalen Protesten aus der Haft in den „Hausarrest“ entlassen: Leopoldo López.

ches System stalinistischer Prägung kaum Notiz zu nehmen, solange nur die Märkte mit billigem Öl versorgt bleiben.

Vor knapp zwanzig Jahren war Maduros Amtsvorgänger, der 2013 verstorbene Hugo Chavez mit dem Anspruch angetreten, Venezuela nach dem Vorbild Kubas und der früheren Sowjetunion in einen sozialistischen Musterstaat lateinamerikanischer Prägung zu verwandeln. Der Aufwand war groß, und in den Anfangsjahren, als der Ölpreis noch genügend Devisen ins Land spülte, schien die Regierung tatsächlich in einigem punkten zu können.

Doch die Zeit der Träume ist lange vorbei, und längst hat Venezuela die Wirklichkeit eingeholt. In den Mercates, staatlichen Verkaufsstellen, die in Ausstattung, Warenangebot und Servicequalität ein wenig an HO- und Konsumläden der früheren DDR erinnern, gibt es noch immer Grundnahrungsmittel und Bedarfsartikel, wie Mais, Bohnen und Babywindeln zu stark reduzierten Preisen, gleichwohl

Venezuela ▶

die Mittel dafür im Staatshaushalt jedes Jahr ums Neue mühsam zusammengekratzt werden müssen; und ohne, dass dadurch Arbeitsplätze oder gar Wirtschaftswachstum entstünde. Venezuela, einst ein blühendes Schwellenland mit Ambitionen, Wirtschaftsmacht zu werden, verfällt zusehends in Agonie und mit ihm seine einst blühende Ökonomie, in der es zwar schon immer Korruption, aber immerhin auch genügend Nischen gab, um sich durch eigener Hände Arbeit ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften, was heute immer weniger möglich ist.

Leere Läden, billiges Benzin

Wer heute durch die Straßen Caracas oder einer beliebigen venezolanischen Kleinstadt schlendert, spürt die Enttäuschung, die die Regierung bei den Bürgern hinterlassen hat: Statt Wohlstand für alle, leben die Menschen heute mit leeren Läden, hohen Preisen und wachsender Kriminalität. Einziges Trostpflaster sind die noch immer extrem niedrigen Benzinpreise, von denen der „kleine Mann“ aber nur scheinbar etwas hat, bedenkt man, dass die marode Straßeninfrastruktur größerer Städte jedes Fortkommen zur Rushhour zum Albtraum macht.

Die angespannte innenpolitische Lage ist auch an den weitgehend gleichgeschalteten Fernseh- und Radiomedien abzulesen, wo die Regierung Maduro mit ihren Noch-Verbündeten aus Kuba, Bolivien und Nicaragua Dauergast zu sein scheint. Die noch weitgehend freie Printpresse spielt eine eher untergeordnete Rolle, da der Medienkonsum in Venezuela weitgehend über Radio, Fernsehen und auch das Internet erfolgt, wo über soziale Medien wie Facebook eine immer stärkere Gegenöffentlichkeit zur herrschenden Maduro-Regierung heranwächst.

Wie in Chile 1973

„Mit unabhängiger Berichterstattung hat das dennoch wenig zu tun“, sagt die Potsdamer Autorin und Kommunismusexpertin Jenny Krämer, die die



Präsident Maduro signalisiert seinen Anhängern Kampfbereitschaft gegen die bürgerliche Opposition.

Lage in Venezuela schon seit Jahren mit Sorge beobachtet. Nach unbestätigten Angaben sollen allein in der Hauptstadt Caracas zwischen 2008 und 2012 mehr als zehntausend Selbstständige aufgegeben haben, weil sie der staatlichen Schikanen, wie übermäßiger

Steuerlast und kaputter Infrastruktur, überdrüssig waren. Auch die „kleinen Leute“, auf die Chávez immer gesetzt hatte, haben sich längst von den sozialistischen Spinnereien des Maduro-Regimes distanziert. Rettungsanker in der Not sind, wie so häufig, die Kirchen, allen voran die katholische, deren Vertreter den Rücktritt der Regierung Maduro fordern, um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen. „Die Gefahr eines Bürgerkrieges ist in Venezuela real“, sagt Jenny Krämer. Vergleichbar sei die Lage mit der Chiles im Herbst 1973, als die Militärs das Ruder übernahmen und das Land, wenn auch erst über längere Durststrecken, auf eine politische und ökonomische Erfolgstrasse brachten.



Präsident Nicolás Maduro möchte eine neue Verfassung.

Auf die immer stärker werdende Protestwelle in Venezuela reagiert der venezolanische Staat mit Härte, Polizeitruppen und Sondereinheiten des Militärs, deren Einsatz stark an Zustände am Ende der Weimarer Republik erinnern. Als die damalige deutsche Regierung das Chaos im Land auch nicht mehr in den Griff bekam, und mit Beginn des „Dritten Reiches“ der Anfang vom Ende begann.

Benedikt Vallendar



Verschiedene islamistische Milizen haben im Irak und in Syrien Kirchen wie diese verwüstet, die Häuser von Christen geplündert und die Christen selbst beraubt und vertrieben. In diesen Fällen ist es offensichtlich, dass die Opfer „verfolgt“ wurden. Die meisten Christen, deren Religionsfreiheit eingeschränkt ist, werden aber nicht Opfer von Gewalt. Trotz mehrerer Definitionen ist die Grenze zwischen Diskriminierung und Verfolgung unklar – und damit zwangsläufig auch die Zahl derer, die unter „Verfolgung“ leiden. Die Schmiererei über dem zerstörten Altar lehnt sich an ein Zitat aus der Islamischen Überlieferung von Buhari an: „Jesus wird aus dem Himmel heruntersinken, damit er das Kreuz bricht und alle Schweine sprengt“.

Wie viele Christen werden weltweit verfolgt?

„Gegenwärtig werden mehr Christen verfolgt als in der Antike.“ Das hat Papst Franziskus am 3. Juni 2017 im Circus Maximus bei einem Abendgebet mit Zehntausenden Christen unterschiedlicher Konfessionen in Rom betont. Es macht deutlich, wie wichtig es ist, zu handeln!

Wie viele Christen nun aber konkret verfolgt werden, lässt sich unmöglich seriös sagen – die Unsicherheiten bei verschiedenen Punkten sind schlicht zu hoch. Warum? Zunächst gibt es keinerlei Einigkeit darüber, wann und in welchen Fällen eine Situation als „Verfolgung“ bezeichnet werden sollte. Zudem sind die tatsächlichen Gründe für Verfolgungssituationen bei näherer Betrachtung oft keineswegs eindeutig, so dass vielfach unklar ist, ob die Reli-

gion wirklich der einzige oder überhaupt der wichtigste Verfolgungsgrund ist. Die Zahl der Christen in verschiedenen Ländern und Regionen oder die Zahl der unter Verfolgung leidenden Gruppen innerhalb der Christen eines Landes ist in sehr vielen Fällen unsicher, hochumstritten oder sogar völlig unbekannt. Oft fehlen ausreichende Daten zur konkreten Situation. Auch wenn der Wunsch nach Zahlen groß ist: Seriöse Zahlen liegen nicht vor und können unter diesen Umständen auch nicht existieren.

Welche Zahlen sind wahr?

Es ist mit erheblichem Aufwand möglich, einen (groben) Eindruck zur weltweiten Diskriminierung und Verfolgung von Christen zu gewinnen. Zu einigen wenigen gut untersuchten Län-

dern liegen auch detaillierte Informationen vor. Vorhanden sind auch eine Fülle von Einzelberichten zu einer begrenzten Zahl von Ländern und mehr oder weniger detaillierte Informationen zur Rechtslage in manchen Staaten. Diese Daten reichen aus, um klar zu erkennen, dass Einschränkungen und Übergriffe gegen Christen und andere Religionsgruppen weit verbreitet sind, in manchen Ländern sogar ein katastrophales Ausmaß erreicht haben und insgesamt Millionen von Menschen betreffen.

Im Ganzen betrachtet fehlen aber zur Christenverfolgung verlässliche Zahlen und solide Informationen. Zahlen zu diesem Thema geistern dennoch in größerer Menge durch Medien und Literatur. Einige davon sind selbst von gewissenhaften Journalisten und Wis-

Christenverfolgung ▶

senschaftlern zitiert worden – weil alternative Zahlen schlicht nicht existieren. In unserer medialen Welt „brauchen“ Journalisten aber Zahlen. Der Druck, „Fakten“ zu präsentieren, ist so unausweichlich, dass die vorhandenen Zahlen unabhängig von ihrer Qualität verwendet werden. Wie diese Zahlen zustande gekommen sind, interessiert (fast) niemanden. Für Interessengruppen jeder Art und Nichtregierungsorganisationen ist daher die Verlockung groß, Zahlen zu liefern, denn sie sind ein sicherer Garant dafür, von den Medien beachtet zu werden.

Ganz entscheidend zu der Frage nach dem „Wie viele?“ tragen bevölkerungsreiche Länder wie Indien und die Volksrepublik China bei. Verschiedene staatliche und nichtstaatliche Angaben und „Schätzungen“ zur Zahl der Christen in China variieren von um 19 Millionen bis über 120 Millionen Menschen! Allein diese Schwankung übersteigt die Zahl aller Christen in Nordafrika, dem Nahen und dem Mittleren Osten zusammengenommen bei Weitem.

Wie viele Christen sterben wegen ihres Glaubens?

Regelmäßig erhält die IGFM Berichte aus und zu Konfliktgebieten, in denen sehr detaillierte Angaben zu Opferzahlen zu finden sind. Darin heißt es z.B. (um konkrete Beispiele zu nennen), dass in einem bestimmten Zeitraum in einem Gebiet „2.441“ Menschen zu Tode gefoltert oder „7.686 Frauen“ oder auch „83.598 Zivilisten“ getötet wurden.

Wie sollte es möglich sein, in Krisengebieten, nach Anschlägen, Flucht und Vertreibung genau Zahlen zu ermitteln, wenn Gemeinden verstreut sind, der Kontakt zu Ansprechpartnern verloren gegangen ist oder Verletzte nicht am Ort selbst sterben, sondern später ihren Verletzungen erliegen? Wie kann man wissen, wie viele Menschen in einem Gefängnis zu Tode gefoltert wurden, wenn in der Regel niemand weiß, wieviele Menschen überhaupt dort gefangen gehalten werden und wie viele



Ein gekennzeichnetes Massengrab im zurückeroberten Shingal-Gebirge im Nordirak. Der „Islamische Staat“ hat in seinen Herrschaftsgebieten eine große Zahl von Menschen ermordet. Auch Christen, vor allem aber Jesiden und Schiiten, die den Islamisten als „Ungläubige“ bzw. „Ketzer“ gelten. Christen erhielten in der Regel die Möglichkeit, ohne ihren Besitz das Gebiet des „Islamischen Staates“ zu verlassen oder sich bei Zahlung einer Kopfsteuer zu unterwerfen. Die Zahl der christlichen Todesopfer ist weitgehend unklar, da viele Überlebende durch Flucht und Vertreibung den Kontakt zu ihren früheren Gemeinden verloren haben.

Opfer über Monate oder sogar Jahre einfach „verschwinden“?

Welche Genauigkeit kann man erwarten? Das Statistische Bundesamt schätzt den Fehler bei der Ermittlung der Einwohnerzahl in Deutschland auf rund 0,5%. Bei einer auch für Deutschland „geschätzten“ Einwohnerzahl von rund 81 Millionen bedeutet das einen möglichen Fehler im Bereich von 400.000 Opfern. Den mathematischen Profis im Statistischen Bundesamt ist glasklar, welche Schwierigkeiten und

Unsicherheiten ihnen das Leben schwer machen. Und das in Deutschland – einem funktionierenden, transparenten Staat. Wie groß mögen die Fehler in Staaten wie Nigeria oder Ägypten sein?

Bei der Zahl der Christen, die pro Jahr wegen ihres Glaubens getötet werden, stellt sich zudem die Frage: Wen soll man dazu zählen? Eine praktikable Definition dazu stammt von Prof. Dr. mult. Thomas Schirmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM:



In den Augen mancher islamischer Extremisten sind alle Christen „Feinde des wahren Glaubens“. In der Praxis ist die Lage verschiedener christlicher Gruppen in ein und demselben Land oft sehr verschieden. Das Bild zeigt eine islamistische Hetzgrafik aus Ägypten. Ganz links ist der koptisch-orthodoxe Papst Tawadros II zu sehen, daneben der katholische Papst Franziskus. Auf dem Schriftzug ist aus Sure 9, Vers 36 zitiert „Ihr sollt die Götzendiener ohne Ausnahme bekämpfen“.

Das Politbüro kennt keine Menschlichkeit

Der chinesische Menschenrechtler und Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo ist nach dem Verbüßen seiner jahrelangen Haftstrafe seinem Krebsleiden erlegen. Liu war das Symbol der Wahrhaftigkeit und das persönliche Beispiel für die chinesische Demokratiebewegung.

Als Liu – viel zu spät - aus dem Gefängnis entlassen und in eine Klinik eingeliefert wurde, war sein baldiger Tod absehbar. Die Weigerung, ihn ausreisen zu lassen, war unmenschlich. Das Regime muss dafür die Verantwortung übernehmen. Miserable Haftbedingungen, psychische und physische Misshandlungen haben ihren Teil dazu beigetragen.

Die Machthaber in Peking sind gegenüber Deutschland und Europa bemüht, sich als verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner darzustellen. Das „moderne“ China des Präsidenten Xi tritt dem-



Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo starb in einer chinesischen Klinik an Krebs.

nach für den Weltfrieden ein, neuerdings auch für eine zukunftsorientierte Klimapolitik. Im Unter-

schied zu den unter der Präsidentschaft von Donald Trump neuerdings protektionistischen USA steht die Volksrepublik von heute für einen freien Welthandel.

Doch das tatsächliche Gesicht der Volksrepublik China ist dennoch weder modern noch weltoffen. Es zittert vor der Autorität eines todkranken Menschenrechtsverteidigers, den es ohne Gnade bis in den Tod verfolgt.

Der Menschenrechtsverteidiger Liu Xiaobo ist ein Held der chinesischen Bürgerrechtsbewegung und ein Vorbild für jeden Chinesen, der für Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit eintritt. Die Führung der chinesischen Kommunistischen Partei hat einmal mehr die Chance vertan, ein Zeichen für Menschlichkeit zu setzen und war nicht in der Lage, über ihren Schatten zu springen.

Martin Lessenthin

Fortsetzung von Seite 26

“Christen, die nicht getötet worden wären, wenn sie keine Christen gewesen wären.” Diese Definition zeigt gleichzeitig, wo die Schwierigkeiten liegen, denn bei vielen Morden ist nicht klar, ob die Opfer nicht auch dann tot wären, wenn sie einen anderen Glauben gehabt hätten. Insbesondere bei Kriegen und Bürgerkriegen.

Die Angaben über Todesopfer schwanken beträchtlich und eine Bitte um detaillierte Informationen, wie eine Zahl ermittelt wurde und wie viele Opfer es in den einzelnen Ländern gegeben hat, bleibt praktisch immer unerfüllt. Die (katholische) Presseagentur AsiaNews berichtete im März 2008, dass im Vorjahr weltweit 123 Christen wegen ihres Glaubens getötet wurden.

Gleichzeitig werden häufig Zahlen von über 100.000 Christen genannt, die (angeblich) pro Jahr wegen ihres Glaubens getötet werden. Konkrete Informationen darüber, welche Opferzahlen addiert oder auf welcher Grundlage sie „geschätzt“ wurden, fehlen. Meist stellt sich heraus, dass Zahlen ungeprüft übernommen und „geglaubt“ wurden, weil sie bei Internetrecherchen immer wieder auftauchten – sie halten einer einfachen Überprüfung jedoch nicht stand und sind offensichtlich viel zu hoch gegriffen.

Jeder einzelne Mensch zählt

Die Frage danach, wo und wie viele Menschen wegen ihres Glaubens diskriminiert, verfolgt oder sogar getötet werden, ist wichtig. Sie zu stellen ist einfach, sie zu beantworten ist praktisch unmöglich!

Zahlen und „Fakten“ sind zu Instrumenten im Ringen um Deutungshoheit geworden. Ein inzwischen sehr emotionales Ringen, auch um “Opferrollen”, Stereotype und die Selbstwahrnehmung der jeweiligen Gruppen. Zahlen werden zu oft unkritisch verwendet und leichtgläubig für bare Münze gehalten, bloß weil sie häufig zitiert werden oder “wissenschaftlich” erscheinen.

Täglich finden schwerste und furchtbarste Menschenrechtsverletzungen statt. Wir sollten uns nicht erst dann für die Opfer einsetzen, wenn deren Zahl in die Hunderttausende geht. Verfolgung beginnt nicht erst dort, wo Völkermord anfängt. Wir müssen uns gegen himmelschreiendes Unrecht stellen, weil es Unrecht ist und weil jeder einzelne Mensch zählt.

Max Klingberg

Arzteinsatz für Flüchtlinge im Nordirak

Eindrücke aus dem Nordirak von Ioana Klopf, Ärztin im humanitären Einsatz

Ich bin mit zweierlei Gefühlen aus dem Nordirak zurückgekehrt. Auf persönlicher Ebene habe ich ein äußerst gutes Gefühl, endlich bei den Menschen angekommen zu sein, die aus meiner Sicht eine Unterstützung am dringlichsten brauchen.

Die Menschen im Shingal harren seit zweieinhalb Jahren unter widrigsten Bedingungen dort aus. Die Winter sind rau, die Sommer unerträglich heiß, es gibt keine Bäume, die Schatten spenden.

Die Zeltunterkünfte machen keinen besonders stabilen Eindruck, gar nicht so, als ob sie den Menschen bei Wind und Regen einen trockenen Schutz bieten könnten. Alles ist mühsam dort oben. Sachen des täglichen Bedarfes müssen hochgefahren werden, selbst das Mehl zum Brot backen. Zur medizinischen Versorgung müssen die Patienten etliche Serpentinien überwinden. Ich habe mir die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Lage der Krankenstation gestellt - oben, fast auf dem Berggipfel, wo doch die Menschen in der Talsenke hausen. Nach einiger Zeit habe ich verstanden, warum es im Shingal geht: um einen strategisch günstigen Ort.

Die Krankenstation ist am Scheitelpunkt des Berges gelegen. Die Peschmerga-Soldaten, die dort Wache halten, haben alle Seiten des Berges gut im Blick. Schon beim Durchfahren entsteht der Eindruck, dass die unterschiedlichen Gruppierungen - PDK, PKK, YPG - konfliktlos nebeneinander existieren. Ihre Überwachungsposten liegen dicht einer nach dem anderen, und es wird beim Vorbeifahren höflich begrüßt. Es gibt ungeschriebene Demarkationslinien, die scheinbar auch eingehalten werden. Die Zufahrtswege ins Shingal-Gebirge sind gemeinsam, die provisorischen Läden, wo man das Allernötigste zum Leben kaufen kann, sind für alle geöffnet. In der Schule lernen Kinder, die aus Elternhäusern mit unterschiedlichen politischen Orientierungen kommen, zusammen. Auch in der Krankenstation



Der HNO-Arzt Dr. Martin Klopf behandelt Kinder im Nordirak.

wird kein Patient ausgeschlossen, oder nach der politischen Meinung befragt. Es sieht so aus, als ob nur eins bei allen Menschen dort oben im Shingal zählt: Dass sie alle Kurden sind.

Und somit ist es für uns umso unverständlicher, wieso sich die Türkei in die Angelegenheiten eines anderen Staates mischt, sei es die Autonome Region Kurdistan oder der Irak. Ein bewaffneter Angriff der Türkei in Shingal, so wie der vom 25. April 2017 ist völkerrechtlich nicht vertretbar und eine Wiederholung muss mit allem Nachdruck verhindert werden. Wenn die Türkei der Meinung ist, dass sie ein Problem mit der PKK hat, dann sollte sie zunächst bei sich zuhause - in der Türkei - politisch versuchen, den Konflikt mit den Kurden zu lösen.

Die Darstellung der Türkei entspricht nicht den Tatsachen, die wir vor Ort gesehen haben. Bei einem Angriff werden zwangsläufig alle Gruppierungen und vor allem die Zivilisten in Mitleidenschaft gezogen. Mit Zivilisten meine ich die etwa 2.000 jesidischen Flüchtlingsfamilien, als auch die Mitarbeiter der Krankenstation. Soll der im Sommer 2014 vom IS begonnene Genozid jetzt durch die Türkei weiterge-

führt werden und die ganze Menschheit schaut zu?

Das Leben der jesidischen Flüchtlinge hängt dort oben im Shingal Gebirge an einem seidenen Faden. Die Überwachungsposten der PDK, PKK und YPG stehen nicht nur dicht an dicht, sondern auch in unmittelbarer Nähe zu Zivilisten. Sobald die einzige Zufahrtsstraße vom Ort Sinune hinauf zum Berg beschädigt wird, wird es unmöglich sein, die oben lebenden Menschen mit allem Lebensnotwendigen zu versorgen.

Die Jesiden aus dem Shingal sind der PKK und ihren Untergruppierungen zutiefst dankbar, denn diese waren es, die sie im Sommer 2014 aus der Einkesselung durch die Dschihadisten vor dem sicheren Tod gerettet hatten. Die Peschmerga hatten davor ihre Stellungen verlassen. Es gilt nicht die eine oder andere Haltung zu kritisieren, sondern Fakten darzulegen, um die aktuelle wohlwollende Haltung der Flüchtlinge gegenüber den PKK-Kämpfern zu verstehen. Nicht die Türkei hatte und hat mit solch einer delikaten Situation zu tun, sondern die Jesiden selbst. Somit haben diese ein wichtiges Mitspracherecht, wenn es darum geht, die Präsenz der

PKK im Shingal zu befürworten oder abzulehnen. Die internationale Staatengemeinschaft hat die Verpflichtung, der Türkei nicht zu erlauben, sich als Aggressor in einem fremden Land aufzuführen und den Einwohnern ein Mitspracherecht zu gewährleisten.

Die Krankenstation funktioniert vernünftig und versorgt gewissenhaft die Patienten, die es bis dort oben schaffen. Von der etwas strengen, militärischen Organisation haben wir aber profitiert, denn uns wurde der Rücken frei gehalten, sodass die Behandlungen geordnet erfolgen konnten. Mit den Medikamenten und medizinischen Hilfsmitteln, die wir dabei hatten, konnten wir das dort vorhandene, doch sehr begrenzte Spektrum ergänzen und das Personal zum Teil medizinisch weiterbilden. Das Recht auch außerhalb der Krankenstation Patienten zu behandeln, mussten wir uns „erkämpfen“, denn das Personal, bis auf einen Krankenpfleger, besteht aus Peschmerga Soldaten. Diese begegneten uns anfangs mit Respekt, aber mit größtmöglichem Misstrauen. Die Lage entspannte sich, als sie merkten, dass wir unsere Arbeit politisch neutral machen.

Das Krankenhaus Shingal ist, wie im Übrigen die ganze Shingal-Stadt, ein Desaster. Eineinhalb Jahre nach der Befreiung vom IS gleicht die Stadt noch immer einem Trümmerhaufen. Die fehlende klare Zuständigkeit ist das Hauptproblem. Die Parteien blockieren sich gegenseitig, so dass in der Stadt seit der Wiedereroberung

noch immer nicht aufgeräumt wird. Wir fühlten uns in der Situation überfordert. Meine Bestrebung ist, dem Bisschen, was ich tue, einen Sinn zu geben und die Mittel, die ich zur Verfügung habe, nicht zu verschwenden.

Es ist ein Skandal, dass die internationale Staatengemeinschaft sich bei ihren Bemühungen, Fluchtursachen zu bekämpfen, noch immer nicht darauf konzentriert, Shingal-Stadt aufzubauen. Anfangen sollte man mit der Identifizierung und würdevollen Bestattung der Toten aus den freiliegenden jesidischen und schiitischen Massengräbern, sowie der Beseitigung mumifizierter Leichen der Dschihadisten in zerstörten Häusern, die den Boden verseuchen und potentielle Krankheitsherde darstellen. Der verstreute Hausrat und die Trümmerhaufen sollten weggeräumt, von Absturz gefährdete Häuser abgerissen und die von den Dschihadisten gegrabenen Tunnel wieder mit Erde befüllt werden.

Aus dem Erste-Hilfe-Kurs wurde leider aus zeitlichen Gründen nichts. Aber die kleinen Kurse über Zahn- und Allgemeinhigiene sind gut angekommen, vor allem wegen der praktischen Anwendung. Theoretisch kannten sich die Kinder einigermaßen gut aus, die Wissenslücken füllten wir auf und gaben ihnen auch Hygienemittel mit.

Der türkische Angriff zeigte, wie sehr eine Erste Hilfe Versorgung den Flüchtlingen aus dem Tal zugutekommen würde, falls

sie nicht zur Krankenstation gelangen könnten. Zu unserer Überraschung erfuhren wir, dass die 15 Lehrer keine abgeschlossene Ausbildung haben, sondern Studenten sind, die ihre Ausbildung in Mosul, Dohuk oder Erbil nach 2014 als Folge der Flucht unterbrechen mussten. Oft sind sie nicht viel älter als die Schüler, die sie unterrichten, versuchen aber das Beste im Unterricht zu leisten.

Mit den umgerechnet 200 Dollar, die sie von der Zentralregierung in Bagdad an Gehalt erhalten, unterstützen sie ihre Familien, die sonst mittellos wären. Weiterstudieren kann nur ein einziger junger Mann, der in der Schule während seiner Freizeit ehrenamtlich unterrichtet und dessen Studium in Erbil vom Gehalt eines seiner Brüder finanziert wird. Die Brüder seien zusammen nach Erbil gegangen, damit einer mit seinem Arbeitslohn dem anderen das Studium finanziert. Und dies dann alles für Shingal, denn sie wollen vor Ort eine eigene Hilfsorganisation gründen, die sich um Waisen kümmert.

Auch die Schulmaterialien wurden mit strahlenden Kinderaugen entgegengenommen und trotz schimpfender Blicke der Lehrer gleich begutachtet. Bedankt haben sich die Schüler mit einem schönen kurdischen Lied. Die spontan eingerichtete Sprechstunde wurde von den erfreulicherweise aufgeschlossenen Schülern gut angenommen, und ich bin mir sicher, dass sich noch mehr zu uns getraut hätten, wenn man sie nicht so überrumpelt hätte.

Trotz aller Widrigkeiten halte ich eine Hilfe im Shingal für äußerst angebracht. Es ist weit, es ist mühsam eine Genehmigung zu bekommen, man gerät zwangsläufig zwischen Gruppierungen mit unterschiedlichen politischen Haltungen, aber man hat die Gewissheit, dass die Hilfe an die richtigen Menschen gelangt und am richtigen Ort ankommt. Nämlich an die Jesiden, die ihrer Heimat treu bleiben und mit ihrer Fähigkeit auszuhalten auch dafür kämpfen, dass der Islamische Staat sein Ziel nicht erreicht. Der einzige Wunsch der Jesiden aus dem Shingal ist ein Leben ohne Krieg und Verfolgung.



Dr. Martin Klopff und IGFM-Mitarbeiter Khalil Al-Rasho in der Gesundheitsstation.

Ioana Klopff

Ein Syrer über seine neue Heimat

Wie viele Flüchtlinge aus Syrien kennen Sie persönlich? Die Mehrheit der Deutschen muss da vermutlich passen. Höchste Zeit also, dass wir nicht nur über Flüchtlinge sprechen, sondern Deutschland mit den Augen eines Flüchtlings sehen.

Das kurzweilige Buch von Firas Alshater macht das einfach und verschafft sowohl einen neuen Blick auf uns selbst als auch auf diejenigen, die zu uns gekommen sind.

Alshater (*1991) ist ein syrischer Schauspieler und Autor aus Damaskus. Seit September 2015 betreibt er auf Deutsch den YouTube-Kanal Zukar („Zucker“) und ist inzwischen ein erfolgreicher YouTuber – und ein ganz normaler Berliner mit Hipsterbart.

In Syrien war er ein Aktivist der Demokratiebewegung, der Videos über die Verbrechen des Assad-Regimes drehte. Mehrmals wurde er verhaftet und schließlich auch von Islamisten verfolgt.

Die Arbeit an einem Film brachte ihm 2013 ein Visum nach Deutschland und rettete sein Leben. Seither versucht er, uns zu verstehen: das Pfandsystem, private Briefkästen, Fahrkartenautomaten und die deutsche Sprache.

Er glaubt unerschütterlich daran, dass Integration funktionieren kann und das Zusammenleben immer besser gelingt, „je mehr Geschichten wir miteinander teilen“ und Gemeinsamkeiten entdecken. Firas Alshater studiert derzeit an der Filmhochschule in Babelsberg.

Max Klingberg



Firas Alshater: Ich komm auf Deutschland zu. Ein Syrer über seine neue Heimat

ISBN: 9783864930492,

Verlag: Ullstein extra, erschienen: 14.10.2016, 240 Seiten, Paperback,

Preis: 14,99 Euro

Verzernte Sichtweisen

Syrer bei uns

Kristin Helberg hat sieben Jahre in Syrien als Journalistin für die ARD, den ORF und das Schweizer Radio und Fernsehen SRF gearbeitet. Vor dem Beginn des Syrienkrieges, im Jahr 2008, musste sie das Land verlassen und lebt heute mit ihrem syrischen Mann und ihren drei Kindern in Berlin.

Nach ihrer Überzeugung ist Wissen übereinander das beste Mittel gegen Angst – die schon die erste Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Flüchtlingen sei: „Wir haben Angst und die Syrer haben Angst. Keine gute Ausgangsposition.“

Wie kann ein positives Miteinander trotzdem gelingen? Kristin Helberg wendet sich mit sehr konkreten Vor-

schlägen an Deutsche, denn ohne Mithilfe der Deutschen kann Integration nach ihrer Auffassung nicht funktionieren.

Einige ihrer Vorschläge werden durch die Bank Zustimmung finden („Probleme ehrlich benennen“) – andere sicher weniger. Ihr Hauptpunkt ist jedoch: „Unsere Augen sehen Massen, keine Menschen.“

Der wichtigste Faktor sei daher einfach: private Patenschaften. Wem das zu viel sei, der könne tun, „was viele Deutsche ohnehin gerne tun: spazieren gehen, über Zäune blicken, neugierig sein, dazulernen, Freunde besuchen, plaudern, zusammen grillen, Neues probieren“.



Kristin Helberg: Verzernte Sichtweisen - Syrer bei uns. Von Ängsten, Missverständnissen und einem veränderten Land. ISBN: 9783451311574, Verlag Herder, erschienen: 16.08.2016, fester Einband, 269 Seiten, Preis: 24,99 Euro

EIN LANGER WEG IN DIE FREIHEIT

Die spannende und berührende Geschichte einer außergewöhnlich mutigen jungen Frau



Hyeonseo Lee wurde in Nordkorea geboren, jenem Land, aus dem so gut wie keine Nachrichten nach außen dringen. Als Siebenjährige erlebt sie erstmals eine öffentliche Hinrichtung. Oft sieht sie im Grenzfluss zu China Leichen schwimmen, Menschen, deren Flucht in ein besseres Leben misslang. Zur Zeit der großen Hungersnot wird Hyeonseo Lee von ihrer Familie nach China geschickt – und beginnt zu ahnen, was Freiheit bedeutet. Dies ist ihre Geschichte.

416 Seiten, gebunden
mit Schutzumschlag
€ 19,99 [D]
ISBN 978-3-453-20075-3
Auch als E-Book erhältlich



Frühbucher-
Rabatt bis
31.8.

Christen- verfolgung heute

Gedenkt der Märtyrer

Kongress vom
12. bis 15. November 2017
in Schwäbisch Gmünd

Über 30 Referenten
aus vielen Ländern



Schirmherr und Referent:
Volker Kauder
Fraktionsvorsitzender
der CDU/CSU im Bundestag